

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

17 (21.1.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abon-
nementspreis: Bogenheft monatl. 75 s., vierteljährl. 2.25 M.; abgeholt monatl.
65 s.; am Posthalter 2.10 M., durch den Briefträger 2.52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2660.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 s. Lokalinsert
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Der Orden des Obersten v. Reutter.

Die Tatsache, daß der freigeiprochene Held von Zabern, Oberst v. Reutter, am 18. Januar den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife erhalten hat, findet in der bürgerlichen Presse keine ausreichende Würdigung. Das mag wohl daher kommen, daß die Konventionen zu sehr damit beschäftigt sind, die Unversämtheit des Preußenbundes zu verteidigen, während die Liberalen als die geborenen Staatsmänner, die sie nun einmal sind, jetzt um keinen Preis oben anstoßen möchten. Die Wirkung, die diese Tatsache auf die breiten Massen ausüben muß, kann wohl trotzdem nicht ausbleiben. — Man wird sich jetzt allgemein daran erinnern, daß die Dekorierung von Uniformierten, die mit der Waffe gegen die Bevölkerung vorgingen, in Preußen keineswegs eine vereinzelte Erscheinung, sondern vielmehr ständige Übung ist. Als im Jahre 1892 der Grenadier Rüd in Berlin auf einen angetrunkenen Arbeiter schloß, der ihn belästigt hatte, und ihn auf der Flucht durch einen Schuß tötete, einen Unbeteiligten zugleich verwundete, da ernannte Wilhelm II. den Schützen sofort zum Gefreiten und schenkte ihm sein Bild. Später ließ er den Gefreiten Rüd vor die Front treten, schüttelte ihm die Hand und sagte ihm: „Ich hoffe, daß Du auch fernerhin Dich durch Mut und Entschlossenheit auszeichnen wirst und daß Du stets dem Regiment Ehre machen wirst. Darauf gebe ich Dir die Hand.“ — Von den Offizieren des Regiments erhielt Rüd obendrein noch Geldgeschenke; die „Bades“-Prämie ist also damals richtig ausgezahlt worden.

Nicht anders war es 1910 in Moabit. Das Gericht stellte fest, daß die Schutzleute in zahlreichen Fällen das Recht auf den Waffengebrauch mißbraucht hätten, der Vorliegende sprach damals das berühmte Wort von dem „wohlgezielten Revolverbeschuß“, mit dem jedes Unwesende die Ermordung des Arbeiters Herrmann zu hindern berechtigt gewesen wäre. Später haben die Zivilgerichte gleichfalls anerkannt, daß Herrmann widerrechtlich getötet worden war und seiner Witwe eine Rente auf Kosten des Fiskus zugesprochen. Die Mörder des Herrmann sind nie aufgefunden worden. Aber wenige Tage nach den strafgerichtlichen Verhandlungen wurden zahlreiche Schutzleute, die in Moabit mit dem Säbel gearbeitet hatten, durch Orden ausgezeichnet.

Die Dekorierung des Obersten v. Reutter, der immerhin doch kein Blut vergossen hat, obwohl er es für ein Glück gehalten hätte, kann nach solchen Erfahrungen nicht überraschen. Höchstens kann man sich wundern, daß nicht auch der Reutnant v. Fortner in der Ordensliste des 18. Januar zu finden ist.

Trotzdem scheint man mit vollem Recht den Eindruck zu fürchten, den diese neueste Auszeichnung in der Öffentlichkeit machen muß und so verbreitet man in der Presse geflüstert, mit der Zaberner Angelegenheit habe die Ordensverleihung nichts zu tun; der Oberst v. Reutter sei aber „an der Reihe“ gewesen. Beschränken wir uns aber auf die Feststellung, daß der Oberst v. Reutter vielleicht nicht wegen Zabern, aber offenbar doch trotz Zabern seinen Orden bekommen hat. Und man wird nicht leugnen können, daß auch diese Dekorierung einen Erfolg der Militärpartei darstellt, man kann sich auch lebhaft vorstellen, wie sich der arme Bethmann gekümmert haben mag, daß er diesen Erfolg, der eine neue Erschwerung seiner Lage bedeutet, nicht verhindern konnte.

Einem Mann, von dem Herr v. Bethmann dreimal im Reichstag erklärt hat, er habe die Schranken des Gesetzes überschritten, wird sechs Wochen nach diesen Erklärungen des Reichskanzlers ein Orden verliehen! Man versteht jetzt noch besser, warum Herr v. Bethmann am letzten Donnerstag auf den Arm des starken Mannes von Preußen, des Herrn v. Dallwitz gestützt, das Abgeordnetenhaus verlassen mußte, und wie so das Gericht entstehen konnte, dieser bedauerntwerteste aller Reichskanzler sei gemütskrank geworden. Denn Herr v. Bethmann weiß ganz genau, daß durch diese Ordensverleihung im Elsch und im ganzen Reiche die Leidenschaften wieder aufgepeitscht werden müssen, die zu beruhigen seine ängstliche Sorge ist.

Wir leben in einer ernsten Zeit, sagte Herr v. Bethmann neulich, und wie recht hatte er. In Wirklichkeit leben wir in einem Zustand des latentesten inneren Krieges, und stöhnend beugt sich die Masse der Bevölkerung, auf deren Seite alles Recht ist, der brutalen physischen Uebermacht. Daß im preußisch-deutschen Reiche Leuten, die ihre Waffen gegen die eigenen Mitbürger brauchen, konsequent Auszeichnungen und Orden verliehen werden, ist doch eigentlich etwas ganz Grauenhaftes. Es weist darauf hin, daß sich die militärischen Machthaber wirklich „fast wie in Feindesland“ fühlen und daß sie den Krieg gegen die eigenen Stammesgenossen mit ähnlichen Maßstäben messen, wie den Krieg gegen den äußeren Feind.

Man faßt die Sozialdemokratie predige den Klassen-

haß. Aber mit Orden ist in Preußen-Deutschland sicher mehr Klassenhaß geäußert worden, als mit Reden und Zeitungsartikeln.

Kirche u. Geburtenrückgang.

Die deutschen Bischöfe haben einen Hirtenbrief erlassen, der am 11. und 18. Januar in den katholischen Kirchen Deutschlands verlesen worden ist, und der jetzt von der Zentrums Presse abgedruckt wird. Der erste Teil handelt von dem Geburtenrückgang; er ruft auf „zum Schutze der christlichen Familie, die von den furchtbaren Zeitläubeln und Zeitlästern schwer gefährdet ist.“ Die Geburtenzahl sei in Deutschland von 42 pro Tausend Einwohner im Jahre 1876 auf 29 im Jahre 1911 zurückgegangen, „und zwar im letzten Jahrzehnt in Deutschland rascher als selbst in Frankreich und Belgien.“ Aus dem Hirtenbriefe sei das folgende wörtlich wiedergegeben:

„Die täuschen sich und andere, die den Rückgang der Geburten lediglich oder hauptsächlich aus ungenügenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, aus der Teuerung der Lebensmittel, der Erschwerung der Lebenshaltung herleiten wollen. Unser Volk hat sich durch viel schlimmere Zeiten hindurchgekämpft, ohne daß jene schlimme Erscheinung eingetreten wäre. Nachweisbar ist das beklagte Uebel nicht eine Folge der Not, sondern eine Folge des Luxus; in den oberen Ständen, in reichen und wohlhabenden Kreisen hat er seinen Anfang genommen und ist erst mit den Lasten dieser Stände allmählich auch ins Volk eingedrungen. Wir wollen gewiß nicht in Abrede stellen, daß mancherlei soziale Mißstände der Gegenwart das Uebel gefördert und gesteigert haben, so namentlich das Wohnungselend in den größeren Städten. Hier müssen staatliche Fürsorge und christliche Barmherzigkeit zusammenwirken und alles aufbieten, um diese schlimmen Zustände zu überwinden. Aber das sind nur Nebenursachen. Die Hauptursache, der Hauptschuldige ist der böse Wille, der böswillige, lasterhafte Mißbrauch der Ehe. Die sittliche Fäulnis, die sofort Platz greift, wo christlicher Glaube und christliche Sitte schwinden, ist bereits hinabgedrungen bis zur Lebenswurzel der Familie. In weiten Kreisen ist die Ehrfurcht vor der Heiligkeit der Ehe verloren gegangen. Man will die ehelichen Rechte ausüben, ohne die ehelichen Pflichten auf sich zu nehmen. Zügellose Begehren, kaltberechnende Selbstsucht und Habgucht, seine Scheu vor Mühen und Opfern verflüchtigt dazu, daß man frevelhaft dem Schöpferwillen Gottes Trotz bietet, die Natur verewaltigt, den Hauptzweck der Ehe vereitelt, sie entweicht, vernünftigt, mit Unfruchtbarkeit schlägt, die Kinderzahl vermindert, ja durch Vernichtung des keimenden Lebens geradezu zum Mörder wird.“

Weiter wird der Geburtenrückgang bezeichnet als „die Pest, die dem Kriege gegen Christentum und Kirche auf dem Fuße folgt“. Dann läßt sich der Hirtenbrief über die Heiligkeit der Ehe aus, die „von dem allmächtigen Gott zugleich mit der Erschaffung des Menschen gestiftet“ worden sei und die er „schon im Paradiese gesegnet und mit seiner Schöpferkraft befruchtet“ habe.

Die Bischöfe gestehen stillschweigend ein, daß die Kirche es nicht für nötig gehalten hat, mit einem solchen Hirtenbriefe zu kommen, solange sich die „Geburtenregulierung“ auf die Kreise der Besitzenden beschränkte, also derjenigen Kreise, die leichter ein Uebungsspröcklinge ernähren, belächeln und großzügig fördern können, als die Besitzlosen nur ein einziges Kind. Der ganze Brief der studierten Kirchenfürsten ist ja mit feinen antiwissenschaftlichen Ansichten nicht für die Gebildeten und Wohlhabenden, sondern für die geistig und sozial Armen bestimmt. Die Epistel über die Heiligkeit der Ehe hätte auch viel früher kommen dürfen, und zwar wäre sie zu richten gewesen an all die kirchentreuen katholischen Bourgeois, die im Heritalen Leben eine große Rolle spielen und trotzdem das Gebot der ehelichen Treue immerfort als einen Zwirnsfaden bemerkt haben. Aus jeder Stadt liegen sich ultramontane Größen nennen, die auf die Heiligkeit des Sakramentes der Ehe pfeifen.

Genau so denkt man in diesen Kreisen über die „Pest des Geburtenrückganges“ die mit dem „Kampf gegen Christentum und Kirche“ wirklich nichts zu tun hat. Die Herren Bischöfe mögen mal die Namen der klerikalen Führer, beispielsweise der Zentrumsabgeordneten, der Reihe nach vornehmen, um festzustellen, wie weit die Kinderzahl der großen Mehrzahl dieser Leute noch von dem französischen Zweikindersystem entfernt ist; einzelne der Herren halten es sogar für bequemer, auf das von dem allmächtigen Gott gestiftete und von Christus zum Sakrament erhobene Institut der Ehe zu verzichten.

Die Bischöfe können den Einfluß der sozialen Not, insbesondere des Wohnungselends und der Lebensmittelverknappung auf die Geburtenzahl nicht ganz leugnen; sie bestreiten, daß das die Hauptursachen sind. So müssen sie reden, sonst würden sie gegen den Boden- und den Lebensmittelmacher ankämpfen müssen, der von den christ-

lich sich nennenden Machthabern und Parteien getrieben wird. Darum übergehen die Bischöfe auch absichtlich die Säuglingssterblichkeit, jene wirkliche Pest, die den fünften Teil aller Neugeborenen schon wieder im ersten Lebensjahr hinwegrafft. Wer den Geburtenrückgang beklagt, der muß vor allem dafür sorgen, daß die Hunderttausende lebensfähiger Kinder erhalten werden, die jetzt an den Einrichtungen der von der Kirche mit all ihrer Macht gestützten Staats- und Gesellschaftsordnung bald nach der Geburt zugrunde gehen.

Deutsche Politik.

Demonstration im Hoftheater.

Wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, kam es am letzten Sonntag im Berliner Kgl. Schauspielhaus zu einer politischen Demonstration. Es wurde das patriotische Stück „Kolberg“ von Paul Henje gegeben. Im vierten Akt hat eine der Gestalten des Stückes, Rektor Zippel, eine Rede zu halten, in der er den Koberger Bürgern das Verhalten der Griechen in den Perseerriegen als leuchtendes Beispiel vor Augen hält. Er spricht davon, daß es damals nicht Bürger hier und Soldaten da gegeben habe, sondern nur ein Volk in Waffen und steigert seine Rede zu dem Satz: „Da war kein einzelner auserwählter Stand“. Bei diesen Worten brachen die Zuhörer in langdauernden demonstrativen Beifall aus. Selbst im sanftlebigen Hoftheaterpublikum hat die Zaberner-Affäre die Milch der frommen Denkfungsart in gärenden Drachensblut verwandelt!

Kriegsgeheim.

Die Kalkstellung des Generals Riman v. Sanders in Konstantinopel und die unverbürgte Nachricht, daß alle Delaquellen in Mesopotamien und Syrien durch englisch-türkischen Vertrag englischen Unternehmern vorbehalten sei, veranlaßt die alldeutsche „Post“, wieder einmal mit dem Säbel um sich zu schlagen, daß die Funken fliegen. Einige flache Giebel fallen bei der Gelegenheit auch auf die Köpfe der leitenden Staatsmänner, von deren Unzulänglichkeit gesagt wird, sie sei so offenkundig, daß sie nicht mehr überraschen könne. Mit Russland, wird weiter gesagt, scheint wieder etwas im Werke zu sein, der deutsche Kaufmann werde lahmgelagert, Deutschland in Kleinasien eingekreist. Das Resultat sei Kalkstellung auf der ganzen Linie. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Wer irgend imstande ist, über den Zeitraum eines Jahres hinauszu denken, wer überhaupt noch etwas vom zukünftigen Deutschland erwartet, dessen Herzen halten dieses chronische Verjagen unserer auswärtigen Politik einfach nicht mehr aus. Wir haben es ... dahin gebracht, daß wir überall und in allem nachgeben. Man weiß es draußen. Und man ist nicht blöde, diese Rückschwendung aus diesem Wissen zu ziehen. Der Deutsche greift nicht zum Schwert, der nicht!“

Deutschland, heißt es zum Schluß, sei das Mauerblümchen, während es doch ein historisches Anrecht hätte auf die Würde einer Balkkönigin. — Das ist die überhüllte Aufforderung zum blutigen Tanze, bei dem die Kanonen aufspielen! Ein verbrecherischer Versuch der äußeren Ablenkung von inneren Schwierigkeiten! Dieser Versuch wird sicher nicht vereinzelt bleiben und das Volk tut gut, die Augen offen zu halten. Die Brandstifter gehen um!

Gegen die Säbelherrschaft — für Aufhebung der Kriegsgerichte!

Mit dieser Tagesordnung fanden am Sonntag, den 18. d. M., in Mühlhausen i. E. zwei öffentliche Protestversammlungen gegen die Freisprechung des Obersten von Reutter, des Leutnants Schab und des Leutnants von Fortner durch die Strahburger Militärjustiz statt. Reichstagsabgeordneter Genosse A. Emmel und Bezirksratsmitglied A. Wickh erhoben vor über 3000 Personen flammenden Protest gegen die neuen Herausforderungen des Volkes durch die Militärpartei. In der angenommenen Resolution nahmen die Versammlungen „mit Entrüstung Kenntnis von dem Freispruch der Offiziere, die in Zabern das Recht der militärischen Säbelherrschaft proklamieren und die vom Volk geschaffenen Rechte hohnlachend niedertrampelten“. Die Resolution stellte fest, „daß durch diesen Freispruch die militärische Gewalt Herrschaft als oberster Rechtsgrundlag proklamiert wurde und die materiellen und moralischen Rechtsgrundzüge des zivilen Volkes von einem militärischen Sondergerichte außer Kraft gesetzt wurden“. Die Resolution schließt: „Deshalb fordern die Versammelten die Abschaffung der militärischen Sondergerichte und die Unterstellung des Heeres unter die Zivilgerichtsbarkeit. Sie fordern weiter, um der militärischen Gewalt Herrschaft ein endgültiges Ende zu machen, die Demokratisierung des Heeres, der Landes- und Reichsverfassung. Nur eine demokratische Erweiterung der Rechte des Volkes im Lande und im Reiche und die Umgestaltung des Heeres zu einem wirklichen Volksherr werden einer gesunderen Entwicklung des Landes und des Reiches die Wege ebnen.“

Ähnliche Versammlungen fanden am gleichen Tage an der elsässisch-schweizerischen Grenze in Sünningen.

St. Ludwig und Fischweiler statt, wo u. a. der Reichstagsabgeordnete Gen. Böhle-Strasbourg sprach. In Mülhausen i. E. ludete die Polizei das Anschlag der Versammlungsplatz erst, als die Worte „Gegen die Säbelherrschaft“ darauf durch eine dicke schwarze Linie ersetzt waren. Denn die Säbelherrschaft ist den Zivilbehörden trotz aller im Falle Bayern empfangenen Prügel heilig.

Oberst v. Reutter vor dem Zivilgericht.

Mit großer Spannung sieht man in Elßah-Rothringen den in Bayern gegen den Oberst v. Reutter, der seit dem letzten preussischen Ordensfest glücklicher Besitzer des Roter Adlerordens dritter Güte ist, wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung u. s. w. anhängig gemachten Zivilprozessen entgegen. Diese sollen in nächster Zeit vor dem Landgericht in Bayern verhandelt werden. Die „Straßb. Neue Zeitung“ weist darauf hin, daß umfangreiche Erhebungen angeordnet sind, da die militärischen Urteile für die bürgerlichen Gerichte unverbindlich sind. Die bayerischen Richter, die vor dem Straßburger Militärgericht als Zeugen aufgetreten sind, werden aber von dem Angeklagten vorwiegend als Befangene abgelehnt werden.

Einschränkung der Säbelherrschaft.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat am Montag im Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt als Initiativantrag eingebracht. Das Gesetz besteht aus vier Paragraphen:

§ 1 befaßt: Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Erlauchen der zuständigen Zivilbehörde verwendet werden. Die Fälle, in denen ein solches Erlauchen zulässig ist und die Form, in der es zu erfolgen hat, bestimmt der Bundesrat.

§ 2 sagt: Unberührt bleibt das Recht der bewaffneten Macht, die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu sichern.

Der § 3 regelt die Fälle, in denen der Gebrauch der Waffe, abgesehen von Fällen der Notwehr, gestattet ist. Dieser Gebrauch soll gestattet sein zur Abwehr eines Angriffs oder zur Ueberwindung eines gefährlichen Widerstandes; ferner zur Erzwingung der Ablegung der Waffen oder anderer zum Widerstand geeigneter gefährlicher Werkzeuge; außerdem zum Schutze der dem Militär zur Bewachung anvertrauten Personen und Sachen. Endlich zur Verhinderung der Flucht von Personen, welche ergriffen oder festgenommen worden sind.

Was mit diesem Gesetz an dem gegenwärtigen Zustand geändert werden soll, ist eigentlich nicht recht zu ersehen; denn im Falle Bayern hätten sich sowohl der Oberst als auch die Leutnants ganz ruhig auf den § 3 dieses fortschrittlichen Gesetzentwurfs beziehen können. Die Fortschrittler waren von der Absicht geleitet, die Eigenmächtigkeiten des Militärs einzuschränken, in Wirklichkeit ist aber dieser Gesetzentwurf derart verkommen, daß die Willkürherrschaft des Militärs in keiner Weise eine wesentliche Einschränkung erfahren würde. Bei der Geschäftsfrage des Reichstags ist allerdings obendrein gar nicht damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf in absehbarer Zeit vom Plenum beraten werden könnte.

Zentrumsdemagogie und Arbeitslosenfürsorge.

Das Zentrum hat bekanntlich immer zwei Eisen im Feuer: Es spielt sich als berufenste Hüterin der Unternehmerinteressen auf und macht gleichzeitig der Arbeiterschaft vor, auch deren Interessen zu vertreten. Zwar weiß fast jedermann, daß man nicht zwei Herren dienen kann, die Zentrumspartei tut aber doch so, und sie findet immerhin — leider — noch eine genügende Anzahl Dumme, die ihr das glauben. Ein klassisches Beispiel für die zwiespältige Haltung dieser Partei bildet ihr Verhalten bei der Frage der Arbeitslosenversicherung. Im Reichstag trat der Abgeordnete Giesberts offen für die Versicherung ein, desgleichen im bayerischen Landtag der Abgeordnete Dswald. Nun sollte man meinen, daß auch

die Zentrumsvertreter in den Gemeinden den Anträgen und Ausführungen ihrer Vertreter in den politischen Parlamenten nicht widersprechen und ebenfalls für die Arbeitslosenversicherung eintreten werden. Aber weit gefehlt! In den Gemeindevertretungen sitzen als Vertreter des Zentrums zum größten Teil Hausbesitzer und Handwerker, die der Arbeitslosenversicherung durchaus nicht günstig gegenüberstehen. Das zeigte sich kürzlich auch im Rathause zu Würzburg, wo ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung von 10 000 Mk. in den Etat für 1914 zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung abgelehnt wurde. Nebst den Liberalen legten sich auch die Zentrumsvertreter energisch gegen die Genehmigung der 10 000 Mk. ins Zeug. Einige Wochen vorher bewilligte aber die Partei ohne Widerspruch 30 000 Mk. für einen Festzug (1) und ein Festspiel beim bevorstehenden Königsfest. Für die Arbeitslosen hat diese „Arbeiter- oder Volkspartei“ keinen Pfennig übrig!

Eine ähnliche „Arbeiterfreundlichkeit“ legte das Zentrum in Württemberg an den Tag. Dort stellte ein sozialdemokratischer Vertreter den Antrag, die Karenzzeit für die zu Notstandsarbeiten zugelassenen Arbeitslosen von 14 auf 8 Tage herabzusetzen, ferner den Lohn der Notstandsarbeiter von 240 Mk. auf 8 Mk. pro Tag zu erhöhen. Ein einziger Zentrumsvertreter trat für diesen Antrag ein, die übrigen lehnten ihn ab. So steht die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums aus.

Der Kampf gegen die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungen.

Der Abgeordnete Behrens hatte eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der er zu wissen wünschte, ob die Regierung bereit sei, gegen die Art Stellung zu nehmen, wie die unter agrarischem Einfluß stehenden öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten ihre Werbetätigkeit betreiben. Insbesondere wollte der Abg. Behrens wissen, ob die Regierung bereit sei, diese Versicherungsanstalten dem kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherungen zu unterstellen. Die Antwort der Regierung ist verneinend ausgefallen. Sie lehnt es ab, zu den von dem Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, in Druckschriften, Presseartikeln, Reden u. s. w. verbreiteten Angaben Stellung zu nehmen. Es wird ferner auch abgelehnt, diese Versicherungsanstalten dem Aufsichtsamt für Privatversicherungen zu unterstellen, weil sie unter der Leitung staatlicher oder kommunaler Behörden stehen und deshalb einer weiteren Beaufsichtigung nicht bedürfen. Um aber den Leitern der staats-erhaltenden Volksfürsorge nicht allen Trost vorzuenthalten, ist dieser ablehnenden Antwort die Bemerkung hinzugefügt:

„Im übrigen bedauern sowohl der Reichsdag als der Ministerrat das Fehlen der Aufsicht über die preussischen öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten, die der Konkurrenzkampf zwischen einigen öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten einerseits und einer Reihe von privaten Versicherungsunternehmen andererseits teilweise mit Mitteln gefördert worden ist, die nicht durchweg gutgeheissen werden können.“

Die bayerischen Patrioten vor den Kopf gestoßen.

Auf der Tagung des Breußenbundes hat auch der General von Kracht eine Gastrolle gegeben. Er gab eine Epilobe zum Westen, nach welcher in der Schlacht bei Orleans im Jahre 1870 die Bayern sich vor dem französischen Feuer zurückgezogen, die Preußen aber flott angegriffen hätten. Das geht den bayerischen Bierphilistern stark wider den Strich und offiziös nimmt die „Bayerische Staatszeitung“ sofort Stellung zu dieser Aeußerung. Sie erhebt Einspruch gegen die Art und Weise, in der das Verhalten verschiedener Truppenteile der verbündeten Armeen gegeneinander ausgespielt werde, um so mehr, als gerade in den Kämpfen in und um Orleans die bayerische Armee unter den schwersten Verlusten sich heldenmütig geschlagen und mit unvergleichlichem Ruhm bedeckt habe.

Das blindwütige Draufgängertum der Breußenbündler macht Vergnügen; denn es wirkt nichts besser gegen die Junterfuppe als ihre eigenen Laten und Worte.

Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Schwarzburg-Kudolstadt beseitigt.

Bei der am 19. Januar in Frankenhäuser-Band stattgefundenen Landtags-Erwahl wurde anstelle des verzogenen Genossen Böhle ein Bürgerlicher mit 569 gegen 410 Stimmen gewählt. Bei der letzten Wahl hatte der sozialdemokratische Kandidat 482 und der bürgerliche 463 Stimmen erhalten. Der Landtag setzt sich nunmehr aus acht bürgerlichen und acht sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen.

Gehausucht

wurde nach einer Meldung aus Weimar in den Redaktionen der dortigen Zeitungen. Man hoffte den Urheber der Veröffentlichung des von der Regierung streng geheim gehaltenen Entwurfs einer neuen Gemeindeordnung feststellen zu können. — Der Regierung muß die vorzeitige Veröffentlichung ihrer rückschrittlichen Pläne sehr unangenehm gewesen sein.

Reichsverbandsgeneral v. Liebert

ist im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis Dorna vom Verein reichs- und königstreuer Wähler für die bevorstehende Reichstagswahl wieder als Kandidat aufgestellt worden. Er wird, wie die „Post“ mitteilt, von den vereinigten Reichsparteien und von einem Teil der Nationalliberalen unterstützt werden.

Ausland.

Ungarn.

Auswanderung aus Ungarn. Wie der Vizegespan des Komitats Zemplin in Nordböhmen berichtet, war im letzten November ein stetiger Einwahremangel gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Infolge des Wehrmangels wurde in 10 Schulen der Unterricht eingestellt. 200 Bewohner sind mit Paß nach Amerika ausgewandert, ohne Paß aber dreimal so viele. — Im südbanatischen Komitat Bihar, dem Stammland des, hat die Gemeindeordnung des Cretes Tefesch dem Oberjustizrat seine Abhandlung mitgeteilt, „da wir, durch die mangelhaften Verhältnisse gezwungen, in der Hoffnung, bessere Lebensverhältnisse zu erringen, nach Amerika auszuwandern“. Die Mitglieder der Ortsbehörde waren die einzigen männlichen Bewohner. Alle anderen sind schon vor ihnen ausgewandert.

England.

Geistliches Amt und weltlicher Reichtum. In England werden die Lehnen der Verstorbenen in öffentlicher Versteigerung eröffnet, sobald es möglich wird, den Inhalt in den Zeitungen mitzuteilen, was natürlich nur bei größeren oder sonstwie die Öffentlichkeit interessierenden Hinterlassenschaften geschieht. Ein Leser des „Daily Citizen“ hat nun die 126 im Laufe des Jahres 1913 dort mitgeteilten letzten Willen von Geistlichen zusammengefaßt und gefunden, daß die Hinterlassenschaften insgesamt 3 110 737 £ (38 552 Mill. Mk.), im Durchschnitt 587 126 Mk. betragen. Das Alter der Verstorbenen, das in 88 Fällen angegeben war, stellte sich im Durchschnitt auf 77 Jahre. Dabei wird viel geklagt über mangelhaft bezahlte Geheuliche, deren es sicher auch eine ganze Anzahl gibt. „Der Bischof von Durham findet es bedauerlich, daß es in England und Wales 200 Kirchenprebendeln gibt, in denen der Jahresgehalt weniger als 200 £ beträgt. Aber offenbar gibt es auch solche, die übermäßig bezahlt sind, sodaß 126 mehr als 60 Millionen Mark hinterlassen konnten. Warum nicht versuchen, die Gehälter ein wenig untereinander auszugleichen?“ — Es ist ja eine alte Erfahrung, daß die Kirche, die Nächstenliebe und die Gleichheit vor Gott predigt, bisher noch nie dazu gekommen ist, in ihren eigenen Reihen mit der eigenen Lehre auch nur einigermaßen ernst zu machen.

Badischer Landtag.

16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Parlsruhe, 20. Januar.
Präsident Mohrbuth eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.
Am Regierungstisch: verschiedene Regierungsvertreter.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

39 (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

Die Fälle von Wahnsinn waren häufig im Zuchthaus. Wieviel Unglückliche habe ich ihren Verstand verlieren sehen, während der sieben Jahre! Einer der ungefährlichsten Narren war Haensgen, mein Zellennachbar. Es war ein junger Bauernbursch von etwa 22 Jahren, der wegen Notzucht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Die erste Zeit fand man nichts Verdächtiges in seinem Benehmen, er war brav und fleißig und schien die größte Freude an den Militärhosen die er nähen durfte, zu haben. Nach einem Jahre fing er aber plötzlich an, ungehörig zu werden, der Direktor bestrafte ihn; als er aber immer widerspenstiger wurde, ward er in Fesseln gelegt. — Man muß ihn beim Spaziergang so mit seinen Ketten gesehen haben, wie stolz er sie trug und mit welcher Betrachtung er auf andere herabsah, die einen solchen Schmutz nicht aufzuweisen hatten. Eines Tages hörte ihn der Aufseher in seiner Zelle reden und schreien; als er eintrat fand er Haensgen splitternaß auf seinem Tisch stehen und einem unsichtbaren Auditorium aus der Bibel vorpredigen; den eintretenden Aufseher versuchte er in die unterste Hölle. Erst dem Direktor gelang es, ihn zu beruhigen und dazu zu bewegen, seine Kleider wieder anzuziehen.

Der Arzt untersuchte und beobachtete ihn genau und verordnete, Haensgen müsse schonend behandelt werden. Er bekam also die leichteste Arbeit, und er schien über die Mühenleberei hochentzündet. Die Aufseher hatten Anweisung, ihm alles durchgehen zu lassen und ihn wie ein Kind zu behandeln. Wochenlang rührte der Kranke sich nicht sprach nicht und schien ganz vertieft in seine Arbeit, die er schlecht und nachlässig tat. Aber wehe dem Meister, der ihm eine Bemerkung darüber zu machen wagte! Mit hoheitsvoller Geberde wies er ihnen die Tür und schrie mit lautestimmender Stimme: „Ginaus! Dein Kaiser befiehlt es!“

und wenn der Meister einwandte: „Es handelt sich ja nicht darum, Haensgen, aber du mußt viel sauberer fleben, dann brüllte ihn Haensgen so gefährlich mit einem: „Kein Wort weiter!“ an, daß der Meister vorzog, sich zu empfehlen. Eines Tages beim Spaziergang im Hof stellte sich Haensgen plötzlich an die Spitze der Ablösung für die Schildermache und fing an, die Soldaten zu kommandieren. Die amüsierten sich königlich, bis der Wärter Haensgen einfiel und wieder in Reih und Glied einreichte. Ein andermal rief er plötzlich: „Müssen ab!“ und die ganze Abteilung rief die Mützen herunter, weil sie glaubte, ein Aufseher habe kommandiert. Natürlich waren diese Streiche eine Wonne für die anderen Gefangenen und Haensgen war sehr stolz auf seine Leistungen. Aber eines Tages war er verschwunden: man hatte ihn nach dem Zrennhaus Berlin-Moabit gebracht, und ich hörte nie mehr etwas von ihm.

Dreizehntes Kapitel.

Kohlenberg. Fra Brandini.

Der Winter ging, wie er gekommen war, mit Schnupfen und Halsweh allerorts, vorüber. — Der Frühling kam zum vierten Male seit ich in diesem Hause wohnte, in das kein Lichtschein fiel und in dem kein Lachen klang. Was war aus Kohlenberg geworden, den ich wegen seiner Ränderhauptmannsbergangehenheit Fra Brandini gekauft hatte? Warum gab er mir kein Lebenszeichen mehr?

Nur Geduld, sie sollten schon kommen, die Lebenszeichen! Daß sie sich verspätet hatten, lag daran, daß Kohlenberg am Vorabend seiner Entlassung aus fünfzehnjähriger Zuchthausstrafe (neun Jahre hatte er schon früher einmal abgeessen) erfuhr, daß die spitzfindige preussische Verwaltung herausgefunden hatte, daß er noch sechs Wochen Haft wegen Landstreicherei zu verbüßen habe. Während wir Fra Brandini in voller Freiheit glaubten, muß er noch immer in dem städtischen Gefängnis, wohin man ihn verbracht hatte, sitzen und liebte zähneknirschend Mäuten. Ein anderes Damoklesschwert hing noch über seinem Haupte. Sein Urteil enthielt nämlich die Klausel, daß, wenn der Gefangene sich nach Ablauf der fünfzehn Jahre nicht ge bessert habe, er vom Landeshauptmann noch

einmal in ein Arbeitshaus gesperrt werden sollte, bis er ganz „mürbe“ sei. Aber unser guter Kaplan hatte vor der versammelten Konferenz so laut das Lob Kohlenbergs gefungen, daß dieser doch endgültig in Freiheit gesetzt wurde. Mit seinem kleine Kapital von 300 Mark, das er sich im Zuchthaus erarbeitet hatte, reiste er gleich nach seiner Heimatstadt Köln ab. Dort tat er leider garnichts anderes, als sich zu amüsieren, bis das Geld alle war. Während fünfzehn Jahren Zwangsarbeit hatte er die freiwillige Arbeit ganz und gar verlernt; was sollte er jetzt beginnen? Da kam ihm als rettender Gedanke die Erinnerung an seinen Zuchthauskameraden Chorenne, da wäre etwas zu machen!

Ich hatte ihm die Adresse meines Freundes G. de Moitrier gegeben, der als Franzose in Brüssel wohnte und auf dessen Hilfe ich stets unbedingt rechnen konnte. Er wußte, daß Kohlenberg kommen sollte und stellte ihm nun, auf seine Bitte, sofort das Reisegeld zur Verfügung. Kohlenberg war im Zuchthaus Bureaudienner gewesen und hatte aus meinen Papieren, die auf einem der Schreibstische herumlagen, ersehen, wo meine Mutter und Schwester in Paris wohnten. — Kurz vor seiner Entlassung aus dem Zuchthaus hatte er mich plötzlich mit der Mitteilung überrascht, er würde, wenn er freikäme, meine Damen in Paris einmal besuchen und ihnen Grüße von mir bringen. — Ich amorierte ihm, daß sie sehr froh wären, seine Bekanntschaft zu machen, und er erwiderte ebenso höflich, daß er immer viel für Franzöfinnen übrig gehabt habe.

Kaum hatte er nun in der langersehnten Freiheit den letzten Pfeil verschossen, das heißt, den letzten Pfennig verbüßelt, als er sich von Moitrier das Reisegeld schicken ließ und sofort nach Brüssel abdampfte.

Jeht Uhr abends. Mein Freund, Herr von Moitrier, sitzt zuhause und schreibt; da klopf es an die Türe.

„Herein!“

Ein merkwürdiges Individuum mit verwildertem Haar und Bart und sehr entschiedenem Auftreten nähert sich ihm. „Guten Abend, ich bin der Kohlenberg. Sie kennen mich ja schon aus den Briefen von unserem armen Chorenne.“

Im Eingang befindet sich eine Petition des Verbandes badischer Steuerernehmer und Steuerassistenten, sowie Steuerassistentenanwärter um Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter der aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen, vor dem 1. Juli 1908 etatsmäßig angestellten Steuerernehmer und Steuerassistenten. Die Petition wird der Beamtenkommission überwiesen. Die Beratung der vom letzten Landtag überwiesenen Petitionen wird fortgesetzt.

Finanzministerium.
 Abg. Benedek (Fortf.) und Bauschbach (Konf.) sprechen zu persönlichen Petitionen.

Abg. Böttger (Soz.):
 Bei der Petition des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands lehnte es die Regierung ab, einen Teil der Wünsche zu erfüllen, weil die Steinindustrie einen sicheren Ausweg aufweisen würde. Demgegenüber sieht jedoch die hohe Unfallgefahr in der Steinindustrie, wie dies aus der Schrift des Herrn Fröblich von der Gewerbeinspektion hervorgeht. Danach wird die Unfallgefahr in diesem Berufe immer größer. Die Anstellung von sachkundigen Kontrollurteilern wird dabei immer nötiger. Ueber diese Fragen wird späterhin noch mehr zu sagen sein.

Die Abg. Belzer (Ztr.) und Dr. Koch (natl.) behalten sich vor, auf die Frage beim Ministerium des Innern zurückzukommen.

Abg. Schöfle (Konf.) spricht für die Steinindustrie.
 Abg. Rebmann (natl.) verwendet sich für die Bitte der Arbeiter um Erhöhung ihrer Witwenbezüge. Die Regierung hat ja die Bezüge erhöht; eine Regelung dieser Frage wäre jedoch zu begrüßen.

Die Abg. Wiedemann (Ztr.) und Kopf (Ztr.) sprechen in ähnlichem Sinne.

Abg. Benedek (Fortf.): Wir werden ja später auf die Frage zurückkommen. Man sollte den Wünschen weitgehend entgegenkommen.

Abg. Geiß (Soz.):
 Bei der späteren Verhandlung der Frage werden wir Gelegenheit haben, die Wünsche der Arbeiter, denen meine Fraktion entgegenkommend gegenübersteht, zu erfüllen.

Eisenbahnverwaltung.
 Abg. Gummel (Fortf.) bemerkt, daß er der Regierung wegen des Bahnhofs in Triberg seinen Dank nicht abstellen könne. Es muß endlich einmal eine gründliche Abänderung vorgenommen werden, da eine Abhilfe dringend nötig ist. Der Bahnhofsplatz 8. Klasse im Bahnhof Triberg ist nutzlos, da er nicht benutzt wird. Auch beim Bahnhofsplatz 2. Klasse gilt Ähnliches. An dem Bahnhofsgebäude läßt sich eben nichts mehr bessern. Es ist völlig unmöglich, da noch etwas zu machen. Für die Bahnsteigschranken auf den Schwarzwaldbahnen sollten Schutzhäuschen errichtet werden. Die Regierung tat ja in der Bahnfrage von Triberg was sie konnte, doch ist dies nur ein Provisorium. Die württembergische Regierung tut jedoch bedeutend mehr. Die Regierung sollte daher endlich eine gründliche Abhilfe treffen und die Wünsche erfüllen.

Ministerialdirektor Schulz: Bei derartigen Vauten ist größte Zurückhaltung zu üben, wie auch bei der Generaldebatte unter Beifall des Hauses allgemein betont wurde. Der Widerspruch der Angrenzler hat die Sache verzögert. Bis zum Umbau werden noch einige Jahre vergehen.

Abg. Duffner (Ztr.) wünscht, daß in das nächste Budget Mittel für den Bahnhofsumbau eingestellt werden.

Abg. Seubert (Ztr.) dankt der Regierung für das bisherige Entgegenkommen gegenüber dem Eisenbahnkomitee des Wolfenbühler.

Abg. Dr. Wagner (natl.) schließt sich den Ausführungen an und wünscht, daß aus den Vorarbeiten die Bahn hervorgehe.

Abg. Stiefel (natl.) unterstützt eine persönliche Petition aus Wolfenbühler.

Abg. Neuhaus (Ztr.) unterstützt die Bitte des Gemeinderats Kilsheim um Weiterbau der Bahn von Hartheim nach Kilsheim. Der Redner kann sich mit der ablehnenden Haltung der Regierung in dieser Frage nicht einverstanden erklären. Die Bahn würde nach seinen Berechnungen rentieren. Durch den Abschluß vom Verkehre kommen diese Gegenden wirtschaftlich zurück. Wir müssen dem badischen Hinterland die Möglichkeit schaffen, sich dem Verkehre zu erschließen.

Ministerialdirektor Schulz: Die Berechnungen des Herrn Neuhaus über die Rentabilität dieser Bahn sind nicht richtig. Bevor glänzende Renten berechnet werden, muß man die Verhältnisse kennen. Die Groß-Regierung sieht dem Hinterlande wohlwollend gegenüber. Alle Bahnwünsche können wir jedoch nicht erfüllen, sondern müssen nach und nach vorgehen.

Abg. Schell (Ztr.) bemerkt, daß die Berechnung des Abg. Neuhaus nicht ohne Grundlage sei. Der Redner wünscht eine wohlwollende Behandlung der Frage.

Abg. Hertle (Konf.) schließt sich den Ausführungen an.
 Abg. Bestalt (Soz.)

unterstützt ebenfalls den Bau dieser Eisenbahn. Man sollte die Frage, die Bewohner dieser Gegend dem Verkehre anzuschließen, in den Vordergrund stellen und nicht die Rentabilität. Wenn mehr Verkehre in diese Gegend kommt, so wird sie fruchtbarer. Dies sollte die Regierung auch in Erwägung ziehen.

Abg. Belzer (Ztr.) unterstützt die Petition von Mörzsch und Reuburgweiler, Bahnhofs betreffend.

Abg. Bitter (natl.) unterstützt eine persönliche Petition aus Kilsheim.

Abg. Schürmeier (Ztr.) tritt für die Petition der Gemeinde Bollmatingen um Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle ein.

Abg. Benedek (Fortf.) schließt sich den Ausführungen an. Bollmatingen hat sich in letzter Zeit sehr gehoben und das Bedürfnis ist dringend.

Abg. Belzer (Ztr.) freut sich, daß die Bitte der Gemeinde Bruchhausen um Errichtung einer Güterhaltestelle in Bruchhausen erfüllt wurde. Bei der Abtretung des Landes sollten die Wünsche der Gemeinde berücksichtigt werden.

Ministerialdirektor Schulz: Die Generaldirektion wählte aus Betriebsrücksichten die Lage, die sie für nötig hielt.

Abg. Wittenmann (Ztr.) dankt für die Erfüllung der Bitte der Gemeinden Rausheim um Errichtung einer Güterhaltestelle bei der Station „Im Weiler“.

Abg. Kurz (Soz.)
 dankt der Regierung für die rasche Erfüllung der Petition des Gemeinderats Gröningen um Errichtung einer Schirmhalle am dortigen Bahnhof.

Abg. Schürmeier (Ztr.) spricht zur Bitte des Gemeinderats Gröningen u. a. wegen Vervollständigung des Staatsbahnnetzes Schwab-Obingen betr. Man sollte die Bewohner dieses Landes nicht länger warten lassen.

Abg. Martin (Ztr.) unterstützt ebenfalls diese Wünsche. Man sollte nicht Gesetze machen und sie dann jahrelang in die Schublade legen. Manchmal kommt es mir dann vor, als ob die ganze Schublade verloren ging. (Heiterkeit.) Der Bahnbau ist nun schon 42 Jahre beschlossen und heute ist sie noch nicht gebaut. Man sollte bei Bahnbauten nicht nur an die Rentabilität, sondern auch an die Bedürfnisse der Bevölkerung denken.

Ministerialdirektor Schulz: Die Regierung denkt bei Bahnbauten in erster Linie an das volkswirtschaftliche Bedürfnis; doch

muß sie das Verhältnis des Bedürfnisses zur Rentabilität und zu den Opfern berücksichtigen. Durch die Errichtung von staatlichen Automobillinien können viele Bedürfnisse, und speziell die der dortigen Gegend, erfüllt werden.

Abg. Schürmeier (Ztr.): Wenn eine Autolinie kommt, dann wird das Bedürfnis nach einer Bahn schon nachgewiesen werden.

Abg. Benedek (Fortf.) bedauert das ablehnende Verhalten der Regierung. Man sollte die Wünsche der Bevölkerung erfüllen. Das Gesetz, daß hier eine Bahn gebaut werden soll, ist schon vor vielen Jahren gemacht worden. Wir machen nicht akademische Gesetze, sondern die Gesetze müssen auch erfüllt werden. Die Bahn würde rentieren; sie sollte daher gebaut werden.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) unterstützt die Bitte des Gemeinderats Weersburg um Erbauung einer Bahn Unteruldingen-Weersburg. Der Redner bedauert die Ablehnung der Bitte durch die Regierung. Die Regierung sollte ein größeres Entgegenkommen zeigen.

Abg. Dr. Günner (Fortf.) schließt sich den Wünschen auf Grund seiner persönlichen Beziehungen zu Weersburg an.

Abg. Gühring (natl.) spricht zur Bitte der Freiburger Handelskammer, Verlegung und Erweiterung des Güterbahnhofs Freiburg-Wehre betr. Der Redner bittet, daß bei den nächsten Verhandlungen, die Verhältnisse auf leiseste Weise geregelt werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine Veränderung drängen.

Abg. Red (natl.) äußert sich zur Erbauung einer elektrischen Bahn von Karlsruhe nach der unteren Gardi (bis Ruppheim) betr. Der Redner betont, daß es endlich an der Zeit wäre, daß die Regierung die in Aussicht gestellten Verpflichtungen erfüllt. Bedauert wird von den Hardtbewohnern die Wegnahme der Haltestelle am Mühlburger Tor in Karlsruhe. Man sollte wieder zu machen, was dort gesündigt wurde. Man möge die Stadtgemeinde Karlsruhe veranlassen, eine elektrische Bahn bis Neureuth zu bauen, um den Verkehre teilweise wieder herzustellen.

Abg. Rebmann (natl.) bemerkt, daß der neue Bahnhof der Stadt Karlsruhe manchen Schädigungen drucke. Das ganze Geschäftszentrum am alten Karlsruher Bahnhof ist in eine schwere Gefahr gekommen. Der Bahnhof wurde weit hinausgeschoben und der Mühlburger Bahnhof weggenommen. Der Regierung obliegt daher die Verpflichtung, etwas mehr für die Gebung des Verkehres zur Gardi zu tun. Ich möchte dringend bitten, daß der Stadt Karlsruhe eine Entschädigung zuteil wird.

Abg. Kols (Soz.):
 Ich kann mich den Ausführungen nur anschließen. Die Regierung müßte unbedingt etwas tun. Die Stadt Karlsruhe müßte unrentierende elektrische Straßenbahnen bauen wegen des neuen Bahnhofs. Der Staatsaufwand für die Hardtbahn ist völlig ungenügend. Bei der Gelegenheit läßt sich auch ein Wort über den Westbahnhof sagen, der ganz und gar nicht den heutigen Ansprüchen genügt. Die Schädigungen der Geschäftseule an der Kriegstraße in Karlsruhe ist außerordentlich groß. Überall liegt man: Ausverkauf. Nicht einmal die Uhr am alten Bahnhof läßt man mehr laufen. Es ist dies der Geist der Rücksichtslosigkeit gegen die Bevölkerung.

Präsident Hohmann: Sie dürfen der Regierung diesen Vorwurf nicht machen.

Abg. Kols (fortf.) Es ist dringend nötig, daß die Regierung den Wünschen auf Entschädigung und auch den Hardtbewohnern entgegenkommt.

Ministerialdirektor Schulz: Wegen Ueberlassung des Bahngeländes ist von einem Gesuch nichts bekannt. Was Darglanden betrifft, so trifft die Schuld nicht den Staat. Beim Westbahnhof, den ich übrigens noch nicht sah (Hört! hört!) handelt es sich um ein Provisorium.

Abg. Kols (Soz.): Ich glaube, daß bei Darglanden auf beiden Seiten gesündigt wurde; am meisten jedoch von der Generaldirektion. Es ist bezeichnend für das heutige System, daß die Stadt Karlsruhe eine elektrische Bahn nach Darglanden nicht bauen kann, weil sie von der Generaldirektion nicht über die Uebergänge usw. unterrichtet wird. Hier sollte darauf gesehen werden, daß durch mündliche Verhandlungen die Frage vorwärts kommt. Der Bureaokratismus verhindert die rasche Erledigung.

Abg. Wittenmann (Ztr.) spricht befürwortend zur Erbauung einer Eisenbahn von Schluchsee nach Tengen.

Abg. Schürmeier (Ztr.) befürwortet das Gesuch der Stadt Ulberlingen um eine bessere Eisenbahnverbindung.

Abg. Benedek (Fortf.) unterstützt ebenfalls die Wünsche der Stadt Ulberlingen.

Abg. Dr. Wagner (natl.) dankt für das Entgegenkommen der Regierung auf die Wünsche nach einer Vollbahn von Engen über Ach usw. nach Renzingen. Nach Erledigung der Vorarbeiten sollte das Projekt auch rasch in Angriff genommen werden. Es sollte eine 1. Rate in das Budget eingestellt werden.

Abg. Martin (Ztr.) schließt sich diesen Ausführungen an.
 Abg. Duffner (Ztr.) spricht gleichfalls im befürwortenden Sinne.

Abg. Graf (Ztr.): Dieser alte Wunsch sollte endlich erfüllt werden. Wenn der Staat für große Bahnhöfe Geld hat, so sollte er es auch hierfür haben.

Abg. Benedek (Fortf.): Durch eine eb. Bahn darf der Verkehre von Singen, Konstanz und Radolfzell nicht abgelenkt werden. Eine Bahn soll geschaffen werden, der Durchgangsverkehre darf jedoch nicht abgelenkt werden.

Abg. Schürmeier (Ztr.) ist ebenfalls der Ansicht, daß die Bahn für Konstanz keine Nachteile bringen darf. Der Bau einer Bahn an sich ist zu unterstützen.

Abg. Gühring (natl.): Der Durchgangsverkehre schadet Konstanz und Singen nicht. Es handelt sich in erster Linie um den Güterverkehre. Schon aus Gründen der Rentabilität empfiehlt sich der Ausbau der Bahn.

Abg. Hertle (natl.) spricht befürwortend zum Ankauf der Privatbahn Zell-Modinau durch den Staat und Ausbau der Biefentalbahn.

Abg. Odenwald (Fortf.) spricht zur Bitte des Stadtrats Forzheim um Erbauung einer Eisenbahn von Weilderstadt nach Forzheim, wozu eine Petition vorliegt, im befürwortenden Sinne.

Abg. Stodinger (Soz.):
 Die Antwort der Regierung zu diesem Projekt ist völlig unbefriedigend und ungenügend. Bei Beratung der einschlägigen Petition werde ich darauf zurückkommen.

Weiter befragt Redner die Bitte des Gemeinderats Engingen um eine weitere Zughaltestelle auf Station Engingen. Den Wünschen der Gemeinde Engingen ist nicht Rechnung getragen worden. Ich bin der Auffassung, daß hier etwas geschehen muß. Es handelt sich um einen wichtigen Ortsverkehre, der gründlicher Beachtung wert ist. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, daß die Arbeiter des Forzheimer Industriebetriebes über Mittag passende Zugverbindungen haben.

Abg. Bestalt (Soz.)
 befürwortet die Bitte des Verbandes deutscher Privat-Eisenbahnbeamten wegen der Anstellungs- und Dienstverhältnisse bei den badischen Privat-Eisenbahnen. Die Argumentation der Regierung über die Bildung von Ausschüssen von Beamten und Arbeitern kann ich nicht verstehen. Man

sollte die diesbezüglichen Wünsche erfüllen, da solche für alle Teile von Vorteil sind.

Abg. Köstlin (natl.): Bei den Privatbahnen hat sich manches gebessert. Man sollte die weiteren Wünsche auch befriedigen.

Abg. Duffner (Ztr.) freut sich über die Erfüllung der Wünsche.
 Abg. Seubert (Ztr.) wird später auf die Frage zurückkommen.

Abg. Köhler (Ztr.) befürwortet die Bitte um Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle an der Durlacher Allee in Karlsruhe.

Abg. Süßkind (Soz.)
 unterstützt im Auftrage des Abg. Frank, der heute leider am Erscheinen verhindert ist, das Gesuch der Oststadt. Auch hierbei zeigt sich, daß der Bewachungsplan eng zusammenläuft mit dem neuen Bahnhof. Die Generaldirektion und die Stadt sollten wirklich so viel Personal haben, um diese Wünsche bald zu erledigen.

Abg. Red (Konf.) tritt ebenfalls für eine baldige Erledigung ein.

Abg. Hertle (Konf.) unterstützt die Bitte der Gemeinde Niffingen um eine Haltestelle.
 Abg. Dr. Schofer (Ztr.) unterstützt ebenfalls die Wünsche. Ministerialrat Wolpert begründet die ablehnende Haltung der Regierung.

Zur Bitte der Gemeinden Untergrombach, Büchenau und Obergrömbach, das Halten des Zuges Nr. 908 in Untergrombach bemerkt
 Abg. Wiedemann (Ztr.), daß dieser Wunsch vollst. berechtigt sei. Dem Wunsche sollte endlich Rechnung getragen werden.

Abg. Kurz (Soz.):
 Wegen der raschen Erfüllung des Wunsches des Gemeinderats Gröningen konnte ich der Regierung danken. Bezüglich Untergrombach konnte ich das leider nicht. Die betr. Gemeinden haben deshalb schon mehrfach petitioniert. Auch ich bin deshalb schon mehrmals bei der Regierung vorstellig geworden. Untergrombach spielt für viele Ausflüge um eine große Rolle. Man sollte immer Untergrombach als Versuchsanstalt behandeln. Untergrombach ist schon vier Jahre lang bei dem Halten der Züge vernachlässigt worden. Die in Betracht kommende Bevölkerung ist hierdurch auch bei der Briefbestellung benachteiligt. Bei der letzten Wahl fanden sich Stimmzettel vor mit dem Inhalt: Wenn der Zug um 4 Uhr wieder fährt, möchte ich auch wieder! Dies bezeichnet die Stimmung der Bevölkerung. Die Regierung sollte daher die Wünsche rasch erfüllen.

Abg. Ziegelmeier (Ztr.) schließt sich den Wünschen an.
 Ministerialdirektor Schulz: Ich kann in dem abgegebenen Stimmzettel keine Beweiskraft erblicken, sondern nur ein Zeichen politischer Unreife. Wir denken, daß es möglich ist, auf 1. Mai den Halt einzuführen.

Abg. Engelhardt (Ztr.) freut sich über das Entgegenkommen gegen die Gemeinden Densbach usw. und äußert weitere Wünsche.

Abg. Margenthaler (Ztr.) schließt sich den Wünschen an.
 Abg. Krauth (natl.) befürwortet die Bitte um Bau einer Eisenbahn im Odenwälder Steintal.
 Abg. Müller-Weinheim (natl.) schließt sich den Ausführungen an.

Abg. Krauth (natl.) tritt für die Erbauung einer elektrischen Bahn von Eberbach nach Müllen ein.
 Abg. Schell (Ztr.) schließt sich an. Der zunehmende Verkehre des Odenwaldes läßt die Erbauung sehr wünschenswert erscheinen.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 1/2 Uhr.
 Tagesordnung: Fortsetzung der Petitionsberatung; Bericht und Beratung der Rechnungen der Oberrechnungskammer; Bericht und Beratung der Titel Salinen, Wägen, Kassenwejen und sonstiger Ausgaben vom Voranschlag des Finanzministeriums.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.
 *

Die Budgetkommission
 erlebte in ihrer gestrigen Sitzung das Justizbudget. Für die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen sind 50 000 Mk. vorgezogen. Nach den Mitteilungen der Regierung ist im Bruchtaler Justizhaus ein Bureau für das Vertikallinien-Messungssystem eingerichtet, das sich sehr gut bewährt hat. Für die Zentrale zur Ueberwachung der Einfuhr unzüchtiger Bilder und Schriften leistet Baden einen Beitrag von 2400 Mk. Im außerordentlichen Etat sind angefordert für den Neubau eines Justizgebäudes in Offenburg 1. Rate 300 000 Mk.; für die Erweiterung des Geländes für diesen Bau 26 780 Mk.; für die innere Einrichtung des Amtsgerichts in Rehl 12 700 Mk.; für den Neubau eines Amtsgerichts in Eberbach 200 000 Mk.; für die Erweiterung und den Umbau des Freiburger Justizgebäudes 2. Teilforderung 387 000 Mk.; für die innere Einrichtung des Erweiterungsbaues für das Freiburger Landgericht 26 000 Mk.; für den Neubau eines Amtsgerichts und eines Amtsgefängnisses in Breisach 270 200 Mk.; Ankauf eines Hauses in der Stefanienstraße in Karlsruhe 92 000 Mk.; Ergänzung der Bibliothek der Justizbehörden 20 000 Mk.; für die Erweiterung des Amts- und Kreisgefängnisses in Konstanz 119 100 Mk.; für die Einführung der Beleuchtung einiger Amts- und Kreisgefängnisse 20 600 Mk.; Ankauf eines Anwesens in Konstanz 23 880 Mk. Die Kommission stimmt sämtlichen Anforderungen zu. Ferner genehmigte die Kommission das Budget der Strafanstalten.

Aus der Kommission für Justiz und Verwaltung.
 Zum Berichterstatter über das Staatsangehörigkeitsgesetz wird Abg. Wittenmann, über den Antrag Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit Abg. Sibold, über die Vereinfachung der Staatsverwaltung Abg. Wittenmann, Dietrich und Günner, über den Gesetzentwurf Versicherung gegen Hagel-schäden Abg. Rehm, über das Rechtspolizeigesetz Abg. Koch bestimmt.

Jugendbewegung.
 Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 2 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Wie kommen wir vorwärts? — Lehren des Lebens. Von Fritz Sepp. — Wie denkt die Sozialdemokratie über Frauen- und Kinderarbeit? Von Therese Schiefinger. — Die elektrische Fernübertragung von Bildern. Von Hans Bourquin. (Mit Abbildungen.) — Arme Kinder. — Aus der Jugendbewegung. Die Segner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz. Von der Reifzeit der Kultur usw.

Beilage: Markus Tarras. Erzählung von Karl Buse. — Kultatull, der Dichter und Kämpfer. Von C. Döring. — Der Oberbildhauer Hutmes. Von Adolf Bruno. (Mit Abbildungen.) — Die Speisefamern der Tiere. Von Heinz Welten. — Sollen wir Lotterie spielen? Von Felix Linke. — Wie weit er mark, wie hoch er sprang. Erzählung von Fritz Müller. — Ägyptisches. Gedicht von S. Thurov.

Badische Politik.

Genehmigung der Münchener Gefandtschaft.

Die Budgetkommission stimmte gestern mit 13 gegen 4 Stimmen für die im Budget für die Münchener Gefandtschaft angeforderte Summe. Gegen die Anforderung stimmten nur die Sozialdemokraten und Fortschrittler. Courage Angst bekommen und funderh! sieht man g. Die Nationalliberalen haben wieder einmal vor ihrer Courage Angst bekommen und sind umgefallen. Tugend ein stichhaltiger Grund für die Notwendigkeit der Münchener Gefandtschaft konnte dieses Jahr ebensowenig vorgebracht werden, wie auf dem letzten Landtag.

Das Zentrum versteht keinen Spaß.

Wie wir der „B. N. C.“ entnehmen, hat sich der katholische Männerverein Badenia in Karlsruhe in seiner Generalversammlung vom 28. Januar 1912 neue Satzungen gegeben. Er bekennt sich in § 1 dieser Satzungen als politisch auf dem Boden des Zentrums stehend. Von den übrigen Bestimmungen seien hier folgende mitgeteilt:

Nach § 2 Abs. 3 kann der Ausschluss aus dem Verein erfolgen, wenn ein Mitglied das Abonnement auf den „Bad. Beobachter“ oder ein anderes katholisches oder Zentrumsblatt ablehnt und dafür z. B. die „Badische Presse“ oder den „Volksfreund“ hält. — Der Vorstand ist durch den Beschluss der Generalversammlung verpflichtet, über die Beteiligung am „Badischen Beobachter“ Listen zu führen und tut es.

Diese Sätze sollen vierteljährlich in der Mitgliederversammlung vorgelesen werden.

Das Zentrum, dessen Presse immer ein heuchlerisches Getöse macht, wenn mal einer wegen prinzipieller Versätze aus der sozialdemokratischen Organisation ausgeschlossen wird, geht also, wie man sieht, mit Mitteln vor, die einen hübschen Einblick in die Zentrums„freiheit“ gewähren. Man sieht aber auch, mit welcher Energie die Schwarzen für ihre Presse arbeiten.

Eine sozialdemokratische Mehrheit in der Kirchengemeinde.

Wir berichteten dieser Tage, daß bei der Wahl zur Kirchengemeinde in Altenburg (N. Waldshut) von 96 Wahlberechtigten 50 sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben wurden. Darob große Bestürzung im Waldshuter Zentrumorgan, der „Neuen Waldshuter Zeitung“. Diefelbe schreibt:

Altenburg, 14. Jan. Ein Skandal. Am Sonntag hatten wir hier die Wahl der Kirchengemeindevertretung. Die Wahlbeteiligung war eine sehr zahlreiche. Von 96 wahlberechtigten katholischen Männern stimmten 84 ab und von diesen 84 gaben 60 — sage und schreibe fünfzig — sozialdemokratische Zettel ab. Sie ließen sich dazu hauptsächlich durch ein sozialdemokratisches Flugblatt veranlassen, das am Morgen hier erschien und in verständlicher, aufreißender Weise über den hochwürdigsten Herrn Erzbischof und die hohe Kirchenbehörde sich äußerte und außerdem mit einer faustharten Bage über die Höhe der Ortskirchensteuer die Leute zu blenden suchte. Daß dieses uneheliche Manöver bei vielen keine Schuldigkeit tat, beweisen die 50 sozialdemokratischen Stimmen von katholischen Männern Altenburgs. Das ist nun der Dank gegen die hohe Kirchenbehörde, welche der hiesigen Gemeinde in der hochberühmten Weise — wie nicht leicht einer ändern — bei der Reparatur ihrer Kirchen-Gebäude entgegenkam. Dem Wunsch der Kirchenbehörde, Männer von bewährter kirchlicher Gesinnung in die Kirchengemeindevertretung zu wählen, willfährte man so, daß man Leute wählte, welche ausgesprochene Kirchenfeinde sind, niemals ihre Sonntagspflicht und ihre sonstigen religiösen Pflichten erfüllen, das Volk aufhetzen, für kirchliche Auslagen nicht mehr aufzukommen (Flugblatt), die sich von keiner geistlichen Autorität beeinflussen lassen (Flugblatt). Wir haben es weit gebracht im katholischen Altenburg, daß einer unbestandenen, wüsten Heide, wie sie namentlich in letzter Zeit gegen den Pfarrer und seine Freunde betrieben wird. Und diejenigen, die solches hindern sollten im Interesse der eigenen Autorität, helfen noch kräftig mit.

Das ist nun ein hübsches Spiel auf einmal und zeigt, wie die allein Frommen in Horn und Schimpfwort geraten, wenn das Volk es magt, nicht nach der Pfeife der Kirchenbehörde zu tanzen, sondern nach eigenem Ermessen die Wahlentscheidung trifft. Zu dieser Schimpfepistel schreibt man der Freiburger „Volksmacht“, daß es eigentlich nur der niederen Kampfesweise der Herren, die dem Artikel nahesteht, zu verdanken ist, wenn die Wahl dieses Resultat zeitigte. Den Vorwurf, als sei die Kirchenbehörde beleidigt und eine Hege gegen den Ortsgeistlichen betrieben worden, weisen wir mit aller Entschiedenheit als unwahr zurück. Die Art und Weise, wie jetzt von der unterlegenen Partei an einzelnen mißliebigen Personen Rache zu üben versucht wird, kennzeichnet so richtig die niedere Gesinnungsart fanatisierter Menschen. Mit solchen Waffen aus dem Inquisitionseitalter läßt sich aber die Altenburger Einwohnerschaft nicht mehr ängstigen. Merkt euch, ihr Herren!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Jan.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Raempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Kurze Anfrage

des Abg. Erzberger (Ztr.) wegen des Verbots der Vereini-gung Berliner Schutzmänner durch den Polizeipräsidenten. Darauf erwidert

Direktor Dr. Sewald: Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die das Beamtenrecht angeht. Ich verweise dabei auf die Ausführungen des Staatssekretärs des Innern bei den Beratungen des Vereinsgesetzes, wonach es den Staatsbehörden unbenommen sein soll, Beamte von der Teilnahme an Vereinen und Versammlungen fernzuhalten im Interesse der Beamtenverfassung.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der ehemalige Staatssekretär des Innern, der jetzige Reichskanzler, hat damals erklärt: Die Beamten genießen Vereins- und Versammlungsfreiheit. Sie sollen sie auch weiter genießen. Nur sollen die Behörden berechtigt sein, sie davon fernzuhalten, wenn die Veranstaltungen dem Wesen des Beamtenamtes widersprechen.

Präsident Dr. Raempf: Das ist keine Frage, sondern eine Sache der Auseinandersetzung.

Abg. Erzberger (Ztr.): Was will der Herr Reichskanzler tun, um dieser von ihm selbst gemachten Zustimmung Geltung zu verschaffen?

Direktor Dr. Sewald: Ich werde empfehlen, diese Frage bei der Staatsdebatte des Reichstags des Innern zu behandeln. Ich habe nichts hinzuzufügen.

Darauf wird die

zweite Lesung des Etats des Innern

fortgesetzt. Es liegen acht Resolutionen vor.

Abg. Krausch (Soz.):

Die Konservativen müssen von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie die Not der Landarbeiter bestreiten. Besonders lassen die Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter zu wünschen übrig. Deshalb ist die Inanspruchnahme unter den Landarbeitern im Zunehmen begriffen. Die Arbeitgeber üben den Arbeitern gegenüber den schwersten Terrorismus aus. In der Textilindustrie werden sie mit den schwersten Geldstrafen belegt, wenn sie sich das geringste Vergelien zu schulden kommen lassen. Den Landarbeitern vollends verweigert man die Koalitionsfreiheit. Ueberhaupt, man will diese Arbeiterklasse rechtlos erhalten. Daher kommt die Not auf dem Lande. Das Schlimmste ist, daß der Landarbeiter, wenn er plötzlich einmal zu Unrecht entlassen wird, bei Gericht nicht immer Recht bekommt, wenn er aber infolge schlechter Behandlung seinen Dienst verläßt, zu hohen Geldstrafen verurteilt wird. Bei den schlechten Wohnungsverhältnissen auf dem Lande nimmt die Tuberkulose immer mehr zu. Auch die Sittlichkeit wird aufs schwerste geschädigt. Wir haben seit langem die Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern gefordert. Das gehört vor allem die Aufhebung der Gefindeordnung und die Gewährung des Koalitionsrechts. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich will mich mit den Fragen beschäftigen: Was ist mit unserer Sozialpolitik, was ist mit unserer Wirtschaftspolitik? Ich behalte mir vor, in besonderer Rede auf die Mittelstandspolitik einzugehen. Mit der Reichsversicherungsordnung sind wir in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. (Unruhe links. Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!, Müdtritt!) In eine neue gesetzgeberische Aktion können wir nicht eintreten, ehe die eben erst zu Ende geführte Aktion durchgeführt und zu einem praktischen Abschluß draußen auf dem Lande gebracht ist. Die Syndikatsgesetzgebung, die Forderung nach Verstaatlichung der Nahrungsmittel, die Monopolisierung des Kalibergbaus, das Kalihyndat, die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, die Einflußgewinnung auf die Preisgestaltung der mächtigen Syndikate: alle diese Fragen wachsen auf demselben Boden. Im wirtschaftlichen Leben trat an die Stelle des freien Spiels der Kräfte der beherrschte Wille der Organisation.

Auf das Koalitionsrecht gehe ich nicht ein. Die Einhaltung des Tarifs muß sichergestellt und andererseits dem Staat die Möglichkeit gegeben werden, einen Mißbrauch der wirtschaftlichen und moralischen Kraft der Organisation zu verhindern. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist in hohem Grade zweifelhaft. Doch muß auch dieses Problem gelöst werden. Damit hängt die Frage des Reichsversicherungsamts zusammen. Hierzu ist die Schaffung eines Verhandlungsweges und das Anerkennen des paritätischen Schlichtungsorgans notwendig. Typisch hierfür ist die Einigung zwischen den Kassen und Ärzten. Ich hoffe, daß es mir gelingen ist, von Organisation zu Organisation eine Aufgabe zu lösen, bei der die Gesetzgebung bisher versagt hat. (Beifall Bravo rechts und im Zentrum.) Eine gut gestellte Arbeiterschaft ist eine starke Säule für unsere nationale Kraft. (Bravo.) Nur auf dieser Grundlage ist die Frage der sittlichen und moralischen Probleme und außerdem die Frage der ständigen Sozialpolitik ist eine Kraftquelle für das Deutsche Reich. (Abg. Ledebour ruft: „Jede Politik soll verständlich sein!“ — Unruhe bei der Mehrheit.) Unter einer verständigen Sozialpolitik verstehe ich eine solche, die auch dem Arbeitgeber das bietet, was ihm zuteil. (Sehr richtig!) Ihm muß wirtschaftliche und moralische Freiheit gegeben werden, um seine großen Aufgaben zu erfüllen. Eine verständige Sozialpolitik muß sich in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen halten; sie muß im Einklang stehen mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Bravo.“) Das ist meine Phrase. Es ist doch die Pflicht der Regierung, die Dinge anders zu beurteilen, weil wir nicht das Ziel einer Partei (Bravo! rechts), sondern das Gesamtwohl im Auge haben müssen. (Unruhe.) Bei den Sozialdemokraten wird gerufen: „Macht der Unternehmer!“ Mögen sie mich Knedert der Unternehmer nennen oder nicht, das ist mir gleichgültig. (Sehr gut.) Das hindert mich aber nicht, zu tun was mir obliegt. (Beifall Bravo bei der Mehrheit.) Im Zusammenhang steht der wirtschaftliche Aufschwung, der auch den Arbeitnehmern Vorteile gebracht hat. Auch der Kapitalmarkt hat sich gewaltig gefördert. In diesem Aufschwung des nationalen Kapitalvermögens haben sich auch die mittleren und arbeitenden Klassen beteiligt. Ein schlagender Beweis für die günstige Situation unserer gesamten Volkswirtschaft ist die Tatsache, daß wir nach 2 1/2 Jahren schwerer finanzieller Weltkrise stärker dastehen als bisher. In diesem wirtschaftlichen Aufstieg haben auch die Arbeiter teilgenommen.

Die Preissteigerung liegt teils in der Dürre der letzten Jahre, teils daran, daß die Verringerung der Lebenshaltung in den Arbeiterklassen plötzlich gestiegen ist. Auf die sogenannte falsche Wirtschaftspolitik ist sie nicht zurückzuführen. Die Einfuhrpreise waren nötig im Interesse unserer Offizialen und im Interesse der ostpreussischen Landwirtschaft. Unsere Wirtschaftspolitik hat zweifellos die Förderung aller produktiven Stände zur Folge gehabt. Ohne sie wäre eine Durchführung unserer Sozialpolitik überhaupt nicht möglich gewesen. Die Reichsregierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß unser Zollschutz im allgemeinen genügt. Doch er aber auch aufrecht erhalten werden müsse, und daß die Rückung unserer Vertragspflichten im wesentlichen dieselbe bleiben muß. (Bravo.) Insbesondere muß der Landwirtschaft der Zollschutz nach wie vor erhalten bleiben. (Bravo.) Trotz einiger Unbequemlichkeiten entspricht der Zolltarif noch heute durchaus den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft. So weit sich übersehen läßt, ist keine Veranlassung vorhanden, durch Kündigung der Tarifverträge zur Neubildung der Handelsbeziehungen Anstoß zu geben. Es besteht daher einzuweisen nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen, wenn sich die Vertragspflichten mit uns über die Verlängerung der Handelsbeziehungen einigen. Wird aber das Vertragsverhältnis gekündigt, so werden die verbündeten Regierungen nicht veräumen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik sind annähernd zu gleicher Zeit auf demselben Boden entstanden. Die Fortführung der einen verlangt die Aufrechterhaltung der anderen. Beide haben sich bewährt. Sie weiter zu führen wird daher unsere Aufgabe sein. (Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Abg. Chayfont (Ztr.): Unsere Sozialpolitik muß auch auf die Interessen des erwerbstätigen Mittelstandes Rücksicht nehmen. Nützlich ist die Schaffung einer Vermittlungsstelle für Submissionen. Dabei müssen die Handwerker mehr Berücksichtigung finden. Der heimliche Warenhandel nimmt einen bedrohlichen Umfang an.

Direktor Dr. Götter: Die Einschränkung des heimlichen Warenhandels ist Sache der Einzelstaaten. Es ist den Behörden unterlagt, zur Lagerung bedarftiger Waren Räume zur Verfügung zu stellen. Auf die Frage der Handwerkerausstellungen werde ich zurückkommen, wenn sie in der Budgetkommission erörtert ist.

Abg. Dr. Böhm (natl. Vbd.): Die Entwicklung unseres Reichthums ist durchaus zufriedenstellend. Die Verhältnisse haben sich so entwickelt, daß wir stolz darauf sein können, daß die Land-

wirtschaft die Folgen der Dürre und der Maul- und Klauenseuche so glänzend überstanden hat. Die Viehpreise sind keineswegs niedrig, aber nicht anormal. Von einer umfangreichen Belastung der Viehproduktion durch die Futtermittelzölle kann keine Rede sein. Am Schutze der Viehzucht muß in erster Linie festgehalten werden. (Sehr richtig!) Eine Verringerung des Einfuhrzolls ist nicht möglich. In der inneren Kolonisation ist nicht so vorgegangen worden, wie es wünschenswert ist. Im Vordergrund muß die Bauernansiedlung stehen. Die Arbeiterentredung ist nichts als ein Schlagwort, mit dem die Bauernansiedlung totgeschlagen werden soll. Am Import der ausländischen Arbeiter ist hauptsächlich der Großgrundbesitzer interessiert. Die Förderung der inneren Kolonisation durch die Reichsregierung ist dringend geboten. Dazu wäre die Ermäßigung der Lohnsteuer notwendig. Im Osten der Monarchie lassen die nationalen Verhältnisse eine Koalitionsfreiheit nicht wünschenswert erscheinen. (Hört, hört und Zurufe bei den Soz.) Unser Streben muß auf die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes gerichtet sein. (Beifall.)

Weiterberatung Mittwoch 1 Uhr. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

8. Nord- und Nordwest.

§ Karlsruhe, 19. Jan.

Heute vormittag begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung der Anklage gegen die Witwe Wilhelmine Sattler geb. Wagner aus Wöflingen wegen Mord s bezw. Nordwests.

Der Angeklagte ist zur Last gelegt, daß sie im Sommer 1912 und im September 1912 in fortgesetzter Tat den Verurteilten gemacht habe, ihren Ehemann, den Vater Karl Sattler aus Eisingen a. Elz, zu töten, indem sie ihm Speien vorsetzte, in die sie zuvor feingetriebenes Glas gemischt hatte und ihm Schwefelsäure in den Johanniskrautwein tat; ferner am 4. Dezember 1912 morgens 6 Uhr gemeinsam mit ihrem Sohn Emil Wagner solange auf ihren Ehemann eingeschlagen habe, bis dieser tot war.

Diese Anklage wurde schon einmal das hiesige Schwurgericht im Juli 1913; seiner Zeit wurde die Angeklagte zu 6 Jahren Zuchthaus, ihr Sohn Emil Wagner zu 8 Jahren Zuchthaus und eine Frau Trapp, die der Sattler die Anwendung des Glases und der Schwefelsäure angeraten hatte, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Während sich Emil Wagner und die Trapp bei diesem Urteil berichtigten, legte die Sattler Revision an das Reichsgericht ein. Dieses hat am 22. September v. J. das Urteil auf und verwies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Schwurgericht zurück; die Gründe dafür waren einige Verstöße gegen die Form.

Den Vorsitz der heutigen Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Dölter. Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Dr. Kuzner. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwältin M z und Salomon Oppenheimer. Für die Verhandlung sind 8 Tage vorgeesehen und 68 Zeugen und 2 Sachverständige geladen.

In die Verhandlung wurde eingetreten mit der Vernehmung der Angeklagten. Diese ist am 3. Januar 1853 in Wöflingen geboren; mit 28 Jahren heiratete sie im Jahre 1876 zu Wöflingen ihren Mann erster Ehe, den Landwirt Karl Friedrich Wagner, mit dem sie bis zum Jahre 1903, bis zu dessen Tod, in verhältnismäßig guter Ehe lebte. Aus dieser Ehe ging der Emil Wagner hervor. Im Jahre 1904 ging die Angeklagte mit dem Vater Karl Sattler eine zweite Ehe ein, nur wie sie selbst sagte, seines Geldes wegen und um ihre vielen Schulden los zu werden. Die Ehegatten schlossen einen Ehevertrag, in dem die allgemeine Gütergemeinschaft festgesetzt wurde; gleichzeitig wurde ein Erbvertrag abgeschlossen, wonach die Ehegatten sich gegenseitig zu Vorben für ihren gesamten Nachlaß, die Kinder der Wagner aus erster Ehe als Nachben einsetzten. Wie die Angeklagte heute erzählt, sei diese Ehe in den ersten Jahren bis ungefähr 3 Jahre vor dem Tode Sattlers eine sehr gute gewesen. Zu dieser Zeit sei es wegen Erbschaftsausgleichs Verhandlungen zu Unstimmigkeiten zwischen ihren Kindern und Sattler gekommen. Sattler sei von dieser Zeit an äußerst heftig und roh gegen sie gewesen und habe gelegentlich auch getrunken, auch sei er nach ihrer Ansicht nicht mehr „recht im Kopf gewesen“. Sie sei deshalb zu der Frau Trapp gegangen, die in der Wöfling als Heilmittelbesitzerin bekannt war, um sie nach einem Mittel zu fragen, das ihrem Mann „das Saufen und Toben“ abgewöhne. Die Frau Trapp habe ihr geraten, ihrem Mann Schwefelsäure in den Schnaps und in den Wein zu tun. Sie habe dann auch Schwefelsäure in den Schnaps getan, diese sei aber schwarz geworden, sie habe ihn deshalb weggeworfen. Darauf habe sie die Schwefelsäure in den Johanniskrautwein getan, habe aber auch diesen wieder weggeworfen, ohne ihrem Mann davon zu trinken zu geben. Zu einer Frau Birsch in Wöflingen sei sie gegangen, um sich von dieser die Karten legen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit habe sie dieser auch von dem Zustand ihres Mannes erzählt und sie gefragt, ob sie kein Mittel wisse, ihren Mann zu beruhigen. Die Frau habe ihr dann gesagt, sie hätte eine Frau gekannt, deren Mann ebenso gewesen sei; diese Frau habe ihrem Mann sein zerriebenes Glas ins Essen getan, worauf sich dessen Zustand gebessert hätte. Von diesem Gespräch habe sie dem Sattler einmal Mitteilung gemacht, worauf dieser gesagt habe: „Wenn Du was weißt, warum machst Du es nicht einmal?“ Sie habe dann später einmal Glas fein zerrieben und es in Fleischhülsen gemengt; sie selbst habe auch davon gegessen, ihrem Mann habe sie damit nicht faden wollen, sie habe geglaubt, daß das Mittel helfen werde, den Zustand ihres Mannes zu bessern. Es sei aber nicht besser geworden, sondern im Gegenteil schlimmer. Auch am Abend des 3. Dezember 1912 sei er vom Wirtschaftshaus heimgekommen und habe wieder getobt; er habe den unteren Stock des Hauses abgeschlossen und sei unten geblieben, während sie und ihr Sohn Emil im oberen Stock in einem kleinen Stübchen übernachtet hätten. Da es sehr kalt war, habe sie morgens im Zimmer Feuer machen wollen; Sattler habe dies aber nicht zugelassen und habe das Ofenrohr herausgemacht. Ihr Sohn Emil sei dazu gekommen und sei mit dem Vater in Streit geraten, sie hätten sich angepöbel und sie sei dann hinausgegangen. Als sie wieder heimgekommen sei, sei Emil auf dem Vater gekniet und dieser habe sich nur nach wenig gerührt. Emil habe sie geheissen Wasser zu holen, um den Vater abzuwaschen, da er blutig war. Dann habe er den Sattler in die Scheuer geschleppt und ihn dort aufgehängt, um die Spuren seiner Tat zu verwischen und den Anschein zu erwecken, als ob der Vater sich aufgehängt hätte. Nach vollbrachter Arbeit habe sich Emil im oberen Stockwerk ins Bett gelegt und sie habe ihm Kaffee gebracht. Sie selbst habe ihrem Mann während der ganzen Szene nicht angerührt und habe sich auch an dem Aufhängen der Leiche in der Scheuer in keiner Weise beteiligt.

In die Einvernahme der Angeklagten schloß sich die Einvernahme der beiden Sachverständigen, des Priobaldogenen Dr. G r o h - Weidberg und des großh. Bezirksarztes Dr. R a u p p - Eisingen an. Dr. G r o h hat die Untersuchung des Gehirns des Ermordeten vorgenommen. Das Gehirn sei nicht ganz normal gewesen, jedoch ließen sich daraus nach keiner Richtung hin irgendwelche Schlüsse ziehen, die auf die vorliegende Sache irgendwie von Einfluß sein könnten.

Dr. Raupp hat die Section der Leiche des Sattler vorgenommen. Der Sectionsergebnis erach, daß der Tod des Sattler

Infolge einer Herzlähmung eingetreten ist, die die Folge der durch den Streit und die Körperverletzung hervorgerufenen psychischen Erregung war. Als er aufgehängt wurde, muß er schon tot gewesen sein. Ob Sattler ein Trinker war, ließ sich durch die Sektion nicht feststellen.

Es wird dann eine Reihe Zeugen, Nachbarn und Bekannte des Sattlerschen Ehepaars vernommen. Aus deren Aussagen geht hervor, daß Sattler ein fleißiger sparsamer Mann war; ein Trinker war er nicht, wenn er auch hier und da einmal eines über den Durst trank, besonders wenn es ihn nichts kostete. Der Sohn der Angeklagten Emil Wagner wird als ein Mensch geschildert, der zur Arbeit nicht sonderlich geneigt war; er sei wohl durch seine Kurzsichtigkeit und durch einen bösen Fuß sehr behindert gewesen, habe aber diesen Vorwand gern benützt, um daheim herumzuwandern und nichts zu tun. Nicht einmal die geringsten landwirtschaftlichen oder häuslichen Arbeiten habe er verrichtet. Er sei deshalb dem arbeitssamen Sattler ein Dorn im Auge gewesen und dieser habe sich schon geirrt, wenn er ihn nur sah. Ueber das Verhältnis der Eheleute Sattler zueinander wissen diese Zeugen nichts Ungünstiges weiter auszusagen; es habe wohl hier und da einmal was gegeben, wie das überall vorkomme, aber besonders Erwähnenswertes nicht; nur einmal hat Sattler nach der seinem Haus zugehörigen und gegen seine Frau wüthende Schimpfparole ausgesprochen. Er ist deshalb auch mit einem Strafzettel bedacht worden.

Die Angeklagte selbst steht in Woffingen im Geruch, daß sie Geringfügigkeiten treibe und mit Woffingen verkehre. Kurz vor 2 Uhr tritt eine Mittagspause ein; Wiederbeginn 4 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Die Verhandlung wurde um 4 Uhr wieder aufgenommen. Zunächst wurde in der Einvernahme der Zeugen, die über das Familienleben des Sattlerschen Ehepaars Aufschluß geben sollten, fortgefahren.

Zu Dr. Gerber-Wetten, der die Angeklagte gelegentlich eines Anfalls in Behandlung hatte, hat diese einmal geäußert, sie glaube, ihr Mann sei nicht recht im Kopf; der Zeuge hat jedoch irgendwelche Anzeichen von Geisteskrankheit an Sattler nicht bemerkt. — Der Zeuge Karl Langjahr hat sie und die landwirtschaftliche Arbeiten für Sattler besorgt; Sattler sei ein leicht erregbarer hitziger Mensch gewesen. — Der Polizeidiener von Woffingen, Schäfer, war eines Abends dabei, als Sattler den beiden Söhnen seiner Frau, Emil und Ernst Wagner, das Haus verbot. Bei dieser Gelegenheit habe Emil gesagt: „Ich bin bei der Mutter und bleibe bei ihr.“ Sattler sei in jener Nacht nicht nach Haus gegangen, er habe gesagt: „Ich lasse mich nicht toshlagen.“ Emil Wagner sei ein arbeitssamer Mensch gewesen. Spuren von Geisteskrankheit hat der Zeuge an Sattler nicht bemerkt. — Die Zeugin Frau Katharina Engel wohnt im Haus gegenüber dem des Sattlerschen Ehepaars. Am Abend vor dem Tod des Sattler habe man in dessen Haus streitende Stimmen gehört; wenn diese angehört, sei nicht zu unterscheiden gewesen. — Die Stenotypistin Frau Schönbauer kannte Sattler schon seit vielen Jahren. Er habe die Kinder seiner Frau, besonders den Emil Wagner, nicht leiden können. Mit Bezug auf diesen habe er einmal gesagt, er werde doch „den“ nicht verhalten. Der junge Emil Wagner habe dagegen dem Stiefvater oft viel Spaß, was dieser immer gern angenommen habe. — Die Zeugin Christine Schärer ist auch eine Nachbarin des Sattlerschen Hauses. Frau Sattler hat zu ihr gelegentlich gesagt, sie glaube, ihr Mann leide an Geisteskrankheit. Den Emil Wagner habe Sattler nicht leiden können, weil dieser nichts gearbeitet habe. — Der Zeuge Karl Schreiber hat Sattler lange gekannt, zu ihm hat er einmal gesagt: „Wenn der Emil nicht hinausgeht, gehe ich nach Bretten aufs Amt; ich bring ihn raus.“ Spuren von Geisteskrankheit hat dieser Zeuge an Sattler nicht bemerkt.

Die übrigen Zeugenaussagen bewegen sich in derselben Richtung und bringen nichts Neues. Auch spiritistische Sitzungen und Karten schlagen spielen dabei eine Rolle.

Nach 8 Uhr wird die Verhandlung abgebrochen. Wiederbeginn Dienstag 9 1/2 Uhr.

§ Karlsruhe, 20. Januar.

2. Tag.

Am 9 1/4 Uhr vormittags wird die Verhandlung wieder aufgenommen.

Dr. Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Scherle wird über den Geisteszustand und die Glaubwürdigkeit der Zeugin Lepp gehört. Er hält die Zeugin für geistig normal und glaubwürdig. Auf Befragen, ob sein vertriebenes Glas in solcher Menge, daß es keine Verletzungen der Junge und des Wundes herbeiführen, ins Essen gemischt, den Tod eines Menschen herbeiführen könne, erklärt der Sachverständige, daß er dies nicht für möglich halte; immerhin aber könnten dadurch Verletzungen der Magenschleimhaut hervorgerufen werden, die zu einer schweren Erkrankung führen könnten.

Zu der Frau Wollschläger hat Sattler einmal gesagt, seine Frau habe ihm Gift in den Wein getan. Er habe beim Trinken ein Brennen im Munde gespürt und habe den Wein gleich herausgeschpudt. Die Zeugin hat der Angeklagten von dieser Erzählung ihres Mannes Mitteilung gemacht. Diese sei darüber sehr erschrocken gewesen. — Die Schwannwirtin Frau Wisk, in deren Wirtschaft Sattler am Abend vor seinem Tod einige Glas Bier trank, hat ausgesagt, wie er über seinen Stiefsohn Emil geschimpft hat und sagte, der müsse ihm aus dem Haus. Er habe erzählt, daß seine Frau in Raffeständen habe gehen wollen; er habe ihr aber dafür getan, er habe ihr die Kleider weggeschliffen. Sattler habe sich sehr geirrt, daß ihm das gesungen war. — Frau Wagner, eine Nachbarin, hat am Morgen des 4. Dezember in der Sattlerschen Wohnung ein „Getrapel“ gehört. Umgekehrt um halb 7 Uhr sei dann die Sattler zu ihr gekommen und habe ihr erzählt, ihr Mann sei die ganze Nacht auf den Beinen gewesen; jetzt sei er aber ins Dreeschen gegangen. Sie habe die Bemerkung fallen lassen, wenn sie ihn nur hätte sehen lassen, als er sich einmal habe aufgehängt wollen.

Der Zeuge Jakob Friedrich Wagner ging am Morgen des 4. Dezember an der Sattlerschen Scheuer vorbei. Er sei hineingerufen worden und habe Sattler oben hängen sehen. Da er erlaubt habe, Sattler lebe noch, sei er zusammen mit einem anderen Manne hinaufgestiegen und habe ihn adgeschmitten. Er habe kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben, sie hätten ihn deshalb aufs Heu hingelagt. Er, Zeuge, sei dann fortgegangen. Frau Sattler habe er im Hof gesehen; sie habe sehr geweint. Es wird hierauf das Protokoll des gerichtlichen Augenscheins des Sattlerschen Anwesens nach der Auffindung der Leiche Sattlers verlesen.

Darauf wird eine große Anzahl Zeugen vernommen, die mit dem Sattler am 3. Dezember abends in der Wirtschaft zusammen waren. Aus deren Aussagen geht hervor, daß an diesem Abend an Sattler nichts Auffälliges zu bemerken war. Wie ein weiterer Baden giebt sich durch alle diese Zeugenaussagen der Ausspruch Sattlers, daß er sein Haus „putzen“ werde, d. h., daß der Emil Wagner auf alle Fälle hinaus müsse.

Die Zeugin Frau Woch ist am Morgen des 4. Dezember umgekehrt um 6 Uhr am Sattlerschen Haus vorbeigegangen; sie hat Weherufe gehört und hat sich gleich gedacht, daß hier etwas Besonderes vorgehen müsse. Die Stimme der Frau Sattler habe „Emil“ gerufen. Als die Zeugin um halb 9 Uhr morgens erfuhr, daß Sattler sich erhängt haben sollte, habe sie sich gleich gedacht, daß das passiert sein müsse, als sie vorbeiging.

Um 12 Uhr tritt eine Mittagspause ein. Wiederbeginn halb 4 Uhr.

Die Revolvertat des Fabrikdirektors.

L. Offenburg, 19. Jan. Unter dem Vorsitz des Gr. Landgerichtsrats Grüninger fand heute morgen halb 1 Uhr die erste Schwurgerichtsverhandlung des 1. Quartals statt. Angeklagt war der 40 Jahre alte Direktor der Papierfabrik Zell a. S. Gustav Leht aus Krakau in Böhmen, der am Abend des 19. November, kurz nach 6 Uhr, nach einem vorausgegangenen Streit den verheirateten Werkmeister der Fabrik, Franz Wagner, erschossen hatte. Verteidiger war Herr Rechtsanwalt Kay-Offenburg.

Anangenehm auffiel, das wollen wir zunächst feststellen, das recht „ungenierte“ Auftreten des Angeklagten, der sich größtenteils während der Verhandlung außerhalb der für andere Angeklagten errichteten Schranken bewegte. Der Angeklagte hatte sich in Zell auch als überreichlicher Reserveoffizier aufgespielt, die Untersuchung hat aber festgestellt, daß er nur gemeiner Soldat war, der auch mit Arreststrafen belegt war.

Nach dem Gutachten des Gr. Bezirksarztes Dr. Baader-Offenburg ist der Getötete unweifelhaft infolge der erhaltenen Schußwunde gestorben. Die Kugel durchdrang die Leber und die Lungen, so daß der Tod in der Folge unbedingt eintreten mußte. Außerdem hatte Wagner noch eine Schlagverletzung auf der linken Hand, die stark angeschwollen war, was jedenfalls von einem Schlag mit dem von Leht zuerst gebrauchten Revolver herrührte. Direktor Leht hatte nur einige wenige sehr oberflächliche Strahwunden am Kopfe, die sehr wahrscheinlich von Wagner durch Zugreifen mit den Händen herrührten. Ein Zeuge, ein früherer Obermeister von Wagner, stellte diesen als etwas hitzfüchtig hin, während die meisten Zeugen den Angeklagten als einen brutal auftretenden Menschen schilderten. Dieser hat auch seine geschiedene Ehefrau in ungemein brutaler Weise behandelt. Die Ehe wurde darauf geschieden, das vorerwähnte, jetzt 14jährige Kind, hat die Mutter. Nach dem Ehecheidungsprotokoll war der Angeklagte auch dort der Schuldige und Bezugsentzogene. Das ewig Weibliche war bei Leht meistens die Triebabfeder seiner Verfehlungen. Auf Vorhalt des Vorsitzenden erwiderte der Angeklagte, daß er damals noch jung gewesen sei und daß man ja bekanntlich in der Jugend dem zarten Geschlecht sehr zugeneigt zu sein pflegt. Diese Antwort war verbüffend — einfach. Die Zeugenaussagen aber bewiesen, daß Leht diese Zuneigung zu den Weibern auch später und bis jetzt noch außerordentlich pflegte. Deshalb mußte auch ein wesentlicher Teil der Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Ueber zwanzig Zeugen waren zu vernehmen. Um 1 Uhr wurde eine Pause bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt.

Nachmittags folgte dann zuerst die Einvernahme des Angeklagten über die Vorfälle kurz vor und während des Zusammenstoßes. Nach Leht war Wagner der Ueberer des Streites, weil er in geschäftlicher Hinsicht nicht den Anforderungen des Direktors genigte und auf Vorhalt hierüber auf ihn schimpfte, worauf Leht die Kündigung gegen ihn aussprach. Darauf habe Wagner ihm die Nachstraße durch Sengen und Müstgieren und durch einen Gramophon gestört, ebenso den Wirtshausbesitzer. Er begab sich am Abend des 19. November in die Wohnung Wagners, um sich diese Störung sowie das Schimpfen auf seine Person zu verbiten. Zu diesem Eindringen in die Wohnung seines Gegners bewaffnete sich der Angeklagte mit einem Revolver, einem Messer und einem Revolver. Wagner verbat sich selbstverständlich dieses Eindringen und drohte dem Täter mit Erledigen, wenn er die Wohnung nicht verlasse. Darauf rief Leht einige male: „Die Mistfote herunter!“ und schlug gleichzeitig dem Wagner mehrmals mit dem Revolverknopf auf die Hände. Darauf wurde der Angeklagte von Wagner zur Türe hinausgedrängt, wobei der Revolverknopf zwischen die zugeworfene Türe eingeklemmt wurde, jedoch Leht aufhien und Wagner innen daran zerrten. Der Stod blieb sodann in den Händen Wagners. Gleich darauf ging die Türe wieder auf, ein Schuß trafe und Wagner lag am Boden. So schilderte es der Verlebte noch, wie auch viele Zeugen. Leht will kurz zuvor noch von Wagner mit dem Revolverknopf geschlagen worden sein, was aber kein Mensch gesehen haben will. Ferner will er nicht abschließend geschlossen haben, sondern er sei mit der Hand an den Türpfosten gestochen und der Schuß sei unversehens losgegangen. Wenn dies so gemeint ist, war Leht aber auch derjenige, der die Türe wieder aufstieß; zu welchem Zweck wird jedermann klar sein. Um halb 6 Uhr war das Zeugenverhör beendet, worauf eine kleine Pause bis 6 Uhr eintrat.

Nach Wiederbeginn der Verhandlung begann der 1. Staatsanwalt Dr. Grasslfinger sein Plädoyer, in welchem er in ruhiger Sprache, aber mit äußerster Schärfe alle Momente der Schuld des Angeklagten hervorhob. Daß der Angeklagte ein erregter, gewalttätiger Mensch sei, beweisen nicht allein die Ehecheidungsakten, sondern auch das Benehmen gegen seine Untergebenen. So hat er in einer früheren Stellung einmal einen Arbeiter auf der Strafe mit dem Stod verprügelt, weil er den Direktor nicht genug geehrt hatte. Seine Verfehlungen in stiftlicher Hinsicht seien dermaßen, daß nicht einmal in der zweiten Verhandlung diese Dinge verlesen werden konnten. Der Staatsanwalt plädierte auf Verurteilung der Schuldfrage auf vorläufige Körperverletzung mit Todesfolge.

Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Kay, verteidigt den Standpunkt, daß der Angeklagte nicht vorläufig und in Notwehr gehandelt habe und deshalb freizulassen sei.

Nach kurzer Replik und Duplik zog sich die Geschworenen zur Beratung des Wahrspruchs zurück. Nach halbständiger Beratung wurde der Wahrspruch verkündet. Er lautete auf Verurteilung der Schuldfrage im Sinne der Anklage, ebenso wurde die Strafe nach milderen Umständen besetzt.

Darüberhin beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten.

Das Urteil lautete auf 2 Jahre und 2 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungsloft.

Die Verhandlung endete um 8 Uhr. Sie war seitens des Publikums überfüllt.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Aufruf!

Parteiengenossen! Der Wahlkampf wird dieses Mal von allen Parteien mit äußerster Energie geführt, ein Zeichen, daß der bevorstehenden Ertragswahl erhöhte Bedeutung zukommt. Auch von unserer Seite sollen alle Agitationsmittel erschöpft werden, um die zum Teil politisch noch sehr rückständige Bevölkerung unseres Kreises aufzuklären und dieselbe mit den sozialistischen Zielen bekannt zu machen. Das erfordert natürlich große Opfer. Weder stehen uns die braunen Lappen des Sanabundes zur Verfügung noch haben wir, wie das Zentrum, in jedem Dorf einen besoldeten „Parteiekretär“ sitzen, der über so viel Zeit und Einfluß auf die Gemüter der Wählerschaft verfügt. Wir sind im Wahlkampf also nur auf die Hilfe der Arbeiter und deren finanzielle Unterstützung angewiesen.

Genossen! Wir appellieren deshalb an euer Solidaritätsgefühl, den Wahlkampf nach Kräften zu unterstützen. Gelder nehmen in allen Orten unsere Vertrauensleute mit Dank an. An Offenburg können Beiträge zum Wahl-

fond an Peter Haberer, Gerberstr. 3, abgeführt werden. Also Genossen und Parteifreunde vergeßt den Wahlfond nicht! Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sozialdemokratische Wählerversammlungen

Am letzten Sonntag fanden folgende Versammlungen statt: Die um 3 Uhr in Zell-Weierbach aberraunte Versammlung mußte um 1 Stunde verschoben werden, weil die nationalliberale Partei auf 1/2 3 Uhr eine Versammlung einberufen hatte. Unser Kandidat Gen. Geiler referierte über den Moloch Militarismus der die ganze Finanzkraft des Reiches verschlingt. Weiter behandelte er die Landwirtschaft und die Rechte des Reichstags. Nach Schluß seines Referats erntete er reichen Beifall. Während des Referats hat ein Anwesender den Mund nicht halten können, so daß er vertrieben wurde, daß er in der Diskussion sprechen könne. In der Diskussion meldete sich der betreffende Herr dann zum Wort und führte an, daß er, wenn er wollte, den Redner belangen könnte, weil er den Kaiser mehrmals in seiner Rede genannt habe. Er betrachte den Kaiser als höchste Person und als höchste Autorität im Reiche, darum darf man ihn in Versammlungen nicht erwähnen. Allgemeines Gelächter der Versammelten war die Antwort auf die Ausführungen dieses sonderbaren hyperpatriotischen Kautzes. Mit einer Aufklärung an die Anwesenden, am 3. Februar nur der Partei die Stimmen zu geben, die wirklich die Interessen des Volkes vertritt, schloß der Vorsitzende, Gen. Hoffmann die gut besuchte Versammlung.

Abends 8 Uhr fand in Griesheim eine Versammlung statt. Die Genossen Trinks und Geiler verstanden es die Anwesenden über die sozialdemokratischen Forderungen aufzuklären, insbesondere, daß sie nicht, wie die Gegner behaupten, den Bauernstand, den kleinen Handwerker usw. vernichten will, daß gerade das Gegenteil wahr ist. Beide Redner ernteten am Schluß ihrer Ausführungen allgemeinen Beifall. Auch hier waren es Verschiedene, die sich getroffen fühlten und sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, vor allem der Herr Bürgermeister selbst, welcher sich allerdings am Schluß etwas beruhigt fühlte und den Kopf schüttelte. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Ein Anwesender forderte einen ihm gegenüber sitzenden Zentrumsmann, der sich durch unanständiges Benehmen sehr auffallend machte, auf, sich zum Wort zu melden, da brauste aber der Zentrumsmann wie ein wütender Stier auf und hieb mit Kofenamen wie „Simpel“, „Doh!“ usw. um sich und es wäre vielleicht noch zu Weiterungen gekommen, wenn Gen. Trinks nicht rasch das Schlußwort genommen und der Versammlung ein Ende gemacht hätte. Gen. Vetter-Weier schloß dann die Versammlung. Man hat hier wieder deutlich gesehen, daß das Zentrum noch ein großes Tätigkeitsfeld hat, um seinen Leuten wenigstens einigermaßen Bildung und Anstand beizubringen. Die Stimmung in beiden Versammlungen war eine gute.

In Griesheim fand nachmittags im Gasthaus zur „Blume“ eine gut besuchte Versammlung statt. In dieser referierte Gen. Trinks über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Seine klaren sachverständigen Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Besonders die unfinnigen Ausgaben für Militär und Marine, die geldverschwendlichen Pensionen, welche den Militarismus als Versorgungsanstalt der herrschenden Klassen stempeln, wie auch die Privilegien des Einjährigsystems, beleuchtete der Redner in eingehender Weise. Auch die Lügen der bürgerlichen Parteien, welche die Sozialdemokratie als Todfeindin der Landwirtschaft bezeichnen, wies der Referent an Hand zahlreicher Beweise zurück. Nicht die Sozialdemokratie, sondern die bürgerlichen Parteien schaden durch die von ihnen eingeführten Zölle auf Getreide und Futtermittel dem Kleinbauer. Nicht diese nützen die Zölle, sondern die Großgrundbesitzer und Getreidepekulanten, welche durch die Ausführungsine noch eine Extrabegünstigung vom Reich erhalten. Dann macht man den kleinen Bauern noch vor, man tritt für ihn ein. Alsdann beleuchtete der Redner in ausführlicher Weise das Tabaksteuergezeu, welches den Bauer sowohl wie den Arbeiter in ganz enormer Weise schädigt. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, am 3. Februar Mann für Mann zur Wahlurne zu treten und durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels gegen das volksfeindliche Treiben der bürgerlichen Parteien zu protestieren. Die gute Stimmung der schon verlaufenen Versammlung, welche zum größten Teil von Landwirten besucht war, lassen erkennen, daß man anfangs auch hier das volksverräterische Treiben der bürgerlichen Parteien erkannt hat.

In Griesheim (Amt Offenburg) fand am vergangenen Sonntag ebenfalls eine zahlreich besuchte Wählerversammlung statt, in der Abg. Roesech namens der Sozialdemokratie sprach. Er legte in klarer Weise die Forderungen seiner Partei dar und behandelte sodann die Ereignisse in Zabern, betonend, daß jene Vorgänge unerheblich seien mit dem Volksempfinden. Der übermütigen Sodateska könne nur mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel am wirksamsten entgegengetreten werden, der letzten Endes die bürgerliche Freiheit, gerechte Steuerhosen, wirtschaftliche, politische und geistige Hebung der Völler bedeute, wie weiterhin auch die beste Garantie für den internationalen Frieden repräsentiere. Der Vortrag wurde seitens der Versammlung bestens verhandt.

Neues vom Tage.

Verurteilte Revision.

Leipzig, 20. Jan. Die Revision des Arbeiters Busch, der im Dezember 1913 vom Gürower Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, weil er in der Feldmark Lüßow ein Dienstmädchen ermordet hatte, ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Gausfuchungen in der Zigarettenfabrik Jasmah.

Dresden, 20. Jan. Seit gestern wurden in den Geschäftsräumen der Jasmah-Zigarettenfabrik A. G. umfangreiche Gausfuchungen vorgenommen. Besten erdienten ein Landgerichtsrat und fünf Kriminalbeamte und vierzehn sich den ganzen Tag über in der Fabrik auf. Heute wurden die Gausfuchungen fortgesetzt. Ueber die Gründe des behördlichen Vorgehens wird strenges Stillschweigen befohlen. Nicht einmal die Rettung der Fabrik soll über die Gründe informiert sein. Bezieht sich nur die Tatsache, daß zu der Untersuchung nur Beamte hinzugezogen wurden, die der englischen und französischen Sprache mächtig sind. Man schließt daraus, daß es sich um irgend eine dunke Geheimbündelei handelt.

Aus der Partei.

* Kleinfeldbach, 20. Jan. Wir machen die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und die Leser des „Volksfreunds“ darauf aufmerksam, daß am Samstag, 24. Jan., abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Döhen“ eine Versammlung stattfindet. Genosse Trinks-Karlruhe wird einen geschichtlichen Vortrag halten. Wir erwarten das Erscheinen aller Mitglieder.

Kommunalpolitik.

* Ausbau des Gaswerks in Pforzheim. Der Bürgerausschuß beriet in seiner Sitzung am letzten Montag über den Bau eines Kohleneschuppens für das Gaswerk. Die Geländeerwerbungen sind schon früher erfolgt. Die Kommission und der Stadtrat beantragten, den Kohleschuppen in Eisenbeton auszuführen. Der erste der beiden Ausbauten soll ein Drittel des jährlichen Kohlenbedarfs in den nächsten Jahren, 12.500 Tonnen, fassen. Die Kosten für diesen Ausbau werden vom Gaswerk unter Berücksichtigung der jegigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf 800.000 M. angenommen, während von der Berlin-Anhaltischen Maschinen-A.G. in Berlin normal 910.000 M. berechnet wurden. Von der früher geplanten Anlage einer Schmelzbahn zur Beförderung der Kohlen aus dem Schuppen in das Gaswerk soll vorerst abgesehen werden. Die Kohlenbeförderung soll statt dessen mit zwei Lastautomobilen erfolgen, deren Kosten mit 50.000 M. angenommen werden.

* Zentrumsniederlage bei einer Gemeinderatswahl. In dem Raitinger Vorort Weissenau erhielt das Zentrum eine empfindliche Niederlage. Von sieben zu wählenden Kandidaten fielen zwei Mandate der Sozialdemokratie, drei den Liberalen und nur zwei dem Zentrum zu. Weissenau war früher eine Domäne des Ultramontanismus.

Gewerkschaftliches.

* Die Lohnbewegung im Freiburger Buchbindergewerbe ist nach einem Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nun zu Ende gekommen. Es wurde ein neuer Tarif abgeschlossen, der eine Erhöhung der Löhne enthält.

Genossenschaftsbewegung.

* Grödingen, 17. Jan. Der Konsumverein für Durlach und Umgebung hat sich am 1. April hier einen Laden zu eröffnen. Der Verein hat in ganz kurzer Zeit hier 120 Mitglieder erworben. Die Mitgliederzunahme ist noch immer im Steigen begriffen, trotzdem noch kein Laden hier ist.

Aus dem Lande.

Durlach. — Aus dem Gemeinderatsbericht vom 20. Januar 1914. Aus dem Jahresbericht des Gaswerks pro 1913 geht hervor, daß der Jahresumsatz betrug: 1912: 118.854, 1913: 136.242 Kubikmeter. Davon nach Aue 8866 bezw. 9028 und nach Grödingen 9006 bezw. 12.022 Kubikmeter. Das entspricht einer Verbrauchssteigerung von ca. 14 Prozent. Es soll dem Gedanken der Schaffung von Gasfernleitungen, etwa ins Pfingsttal, näher getreten werden und wird die Gaswerkverwaltung beauftragt, zunächst dafür zuverlässige rechnungsmäßige Unterlagen zu schaffen. Ferner soll der Herabsetzung des Gaspreises bei der kommenden Voranschlagsberatung näher getreten werden. — Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Weber wird ermächtigt, im Landtag einen Antrag einzubringen, daß auch Durlach in die 1. Ortsklasse des Beamtenbezirks eingereiht werde. Der geschäftsführende Ausschuß der mittleren Städte Wadens beabsichtigt, an den Landtag einen Antrag dahingehend zu richten, daß der Staat den Volksschulaufwand, soweit er jetzt auf die Gemeinden entfällt, auf das Staatsbudget übertragen soll. Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden. Der geschäftsführende Ausschuß begründet den Schritt damit, daß die neuen Schulverordnungen das Schulaufsichtsrecht der Gemeinden völlig illusorisch gemacht habe, und wo keine Rechte sind, sollten auch keine Pflichten auferlegt werden.

Rastatt. a. Warum diese Bevorzugung? Ein reges Leben herrscht seit einigen Tagen auf der hiesigen Eisbahn hinter der Friedhofsecke. Es ist eine Lust, zu sehen, wie sich die Kinder aus dem Eise tummeln. Sonderbar berührt es jedoch, wenn man am Montag mittags die Neben der Schulkinder anhört betreffs Eisferien. Schreier dieses hat dukenndmal gehört, wie Volksschülerinnen zu einander sagten: „Warum bekommen die höheren Lötterschüler Ferien zum Schlittschuhlaufen und wir nicht? Sind denn diese mehr wie wir?“ Der Herr Rektor sollte diesen Unterschied zwischen den Besuchern der Volksschule und der höheren Lötterschule nicht machen, zudem ja die Lötterschule ein Teil der Volksschule ist. Nicht genug, daß die Stadt jährlich nahezu 100 M. für eine Schülerin der höheren Lötterschule mehr ausgeben muß, als für einen Volksschüler, muß auch nach eine Bevorzugung auf diese Art stattfinden. Was dem einen gerade so große Freude an den Eisferien, wie die Lötterschüler. Es wäre zu wünschen, daß die Kinder nicht schon in der Schule den Klassenunterschied verspüren müssen. Also gleiches Recht für alle.

Offenburg. * Wählerversammlung. Wähler, Bürger, Arbeiter! Am Samstag, 24. Januar, abends halb 9 Uhr, findet in der Kaffeehaus in der „Augustaburg“ eine öffentliche Versammlung statt. Reichstagskandidat Geiler wird über die Reichstagsnachwahl sprechen. Genossen, agitiert für guten Besuch.

* Soldatenquälereien. Am Montag, 12. Januar, machte das hiesige Regiment Nr. 170 und die Maschinenabteilung einen gemeinsamen Ausmarsch nach dem Niederloppheimer Wäldchen. Der Wald und die ganze Gegend war durch den wenige Tage vorher niedergegangenen Regen unter Wasser gesetzt. Durch die Kälte, die nachher eingetreten, war alles mit Eis überzogen. Auf Befehl mußte das Regiment über das Eisfeld marschieren. Als die erste Kompanie aufmarschierte, brach schon das Eis unter ihren Füßen zusammen, so daß die Soldaten bis an die Knie in dem eiskalten Wasser standen. In dieser Situation sollen sich die Soldaten beinahe zwei Stunden befinden haben. Eine ganze Anzahl Soldaten, die dem nassen Element nicht widerstehen konnten, brachen zusammen und mußten im Krankenwagen zurückgeführt werden. Wir fragen: Ist man höheren Orts über solche Befehle, durch die die Soldaten unnötigerweise zwei Stunden lang einer solchen unmenschlichen Prozedur ausgesetzt werden, orientiert? Wenn der eine oder andere Soldat an den Folgen erkrankt und sein Leben dem Siechtum verfällt, so kümmert sich der Militärismus und sein Teufel um ihn. Zu solchen Experimenten gibt das Volk seine Söhne nicht zum Militär. Die Söhne des Volkes haben ein Anrecht auf menschlische Behandlung.

i. Forst, 19. Jan. Wie bei uns hier gekämpft wird, und wie leidenschaftlich man im Verdächtigen ist, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Arbeiter handelt, möge folgender Vorfall, der sich hier zugetragen, beleuchten. In einem der letzten Sonntage wurde in unserem Orte ein Wegkreuz (Kreuzigung) zusammengeklappt. Ohne lange zu untersuchen, wurde von der Bevölkerung sofort einer unserer Genossen als der Täter bezeichnet und eine Deke gegen ihn inszeniert. Wer weiß, wie fanatisch die hiesige Bevölkerung ist, die Geißlichkeit hilft doch rechtlich mit, der wird verstehen können, was es für einen Mann bedeutet, wenn er solcher Tat beschuldigt wird, er wäre in der Gemeinde einfach unmöglich gewesen. Es hieß sogar, der betreffende Genosse wäre bereits verhaftet. Glücklicherweise stellte sich nun heraus, daß ein Putsch, der mit unserer Sache nicht das geringste zu tun hat, der der Sohn eines waschechten und freizügigen Zentrumsmannes ist, der Täter ist, daß also unser Genosse, und weil er Sozialdemokrat ist, aufs leichtfertigste beschimpft und verdächtigt worden ist. Daß die hiesigen Genossen nun aus diesem Vorfall die Lehre ziehen werden, in Zukunft vorichtiger mit Behauptungen zu sein, und nicht leichtfertig die Ehre des Nächsten in den Schmutz zu ziehen, ist bei der Gehässigkeit, die hier gegenüber Andersdenkenden herrscht und von den Leitern noch gepflegt wird, nicht zu erwarten. Infolge Genossen werden gegen die Verbreiter der Verleumdung Klagen vorgehen.

* Gaggenau, 19. Jan. Ein Ingenieur und ein Meister der Werkzeugmaschinen, die sich ungeniert über die Zeit beschäftigten, damit sie sich ungeniert bei seiner Frau amüsieren könnten, wurden wegen allzuviel freier Liebe auf die Schleudermaschine gesetzt. Da die beiden keine Rosaroten oder ganz roten sind, wird sich der Kattler Waldmichel nicht fühllich aufregen.

* Bretten, 20. Jan. Unglücksfall. Der 28 Jahre alte ledige Streckenarbeiter R. Hauser von Gombelshaus wurde gestern nachmittags 1/3 Uhr auf der Strecke Gombelshaus-Bretten von einem Personenzug überfahren und so schwer verletzt, daß er gestern abend im hiesigen Krankenhaus, wohin er gebracht wurde, gestorben ist. Seinen Angehörigen wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

* Bon der Elsenz, 18. Jan. Im „Heidelberger Tagblatt“ lesen wir: Vor einigen Tagen ist in einem Dorfe an der Elsenz der Turmbräuerei, der auch zugleich Glöckner ist, in Streit getreten, weil ihm sein Jahresgehalt von 60 M. zu wenig war. Infolgedessen mußten die Einwohner des Ortes den unentbehrlichen Stundenlohn volle 5 Tage entbehren. Nun ist die Sache wieder eingeregelt und die Turmbräuerei geht wie früher ihren gewohnten Gang.

* Mannheim, 19. Jan. Die Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen beabsichtigt, ab 1. Mai versuchsweise im Sommerfahrplan ein neues Eilzugspaar auf der Strecke Mannheim-Heidelberg-Würzburg und zurück einzulegen. Beide Züge sollen nachmittags verkehren.

* Mannheim, 20. Jan. Gestern abend gegen 1/2 11 Uhr brach in der Mannheimer Holzer- und Korkeisenfabrik in Heinau Feuer aus, das den größten Teil eines etwa 50 Meter langen Lager- und Arbeitsschuppens mit vielen Vorräten in Asche legte und auch einen Teil der Maschinen zerstörte. Der Schaden wird auf 40.000 bis 50.000 Mark geschätzt. Der Fabrikbetrieb ist aber nicht gestört.

* Ketsch, 20. Jan. Der 16 Jahre alte Landwirt Klefens fiel beim Führen von Dünger rüdungs vom Wagen und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde in das Wadensche Krankenhaus nach Heidelberg gebracht.

* Lehr, 19. Jan. Die Pferde von einem dem Feldartillerieregiment gehörigen Schlitzen wurden plötzlich scheu und stürzten in wilder Flucht dahin. Die Pferde rasteten auf dem Gehweg und rissen mehrere Frauen um, die zum Teil erhebliche Verletzungen erlitten.

* Klingen, 20. Jan. Zwei Rekruten des hiesigen Bataillons sind nach dem Sonntagurlaub befristet.

* Pfuldenbach, 20. Jan. Beim Spielen mit einem Gewehr traf infolge Unvorsichtigkeit der 16jährige Sohn des Zimmermeisters Klett seinen jüngeren Bruder, der eine lebensgefährliche Verletzung davontrug.

* Wehrlich, 20. Jan. In der Brauerei Sterk brach heute nacht aus unbekannter Ursache ein Großfeuer aus. Die Brauerei mit der gesamten Einrichtung wurde vollständig zerstört. Eine Menge von Frucht, von Hopfen und Malz ist mit verbrannt. Die Deponiegebäude konnten gerettet werden. Der Schaden beläuft sich auf 80-100.000 Mark.

* Lbrach, 18. Jan. Auf der hiesigen Polizeiwache stellte sich ein etwa 20 Jahre alter Mann, der angeblich, daß er sich am 21. Januar 1913 von seinem Truppenteil in Trier entfernte, da er sich den Anforderungen des Dienstes nicht gewachsen glaubte. Er begab sich zunächst nach Luxemburg. Als seine Geldmittel knapp wurden, entschloß er sich zum Eintritt in die Fremdenlegion. In dem französischen Grenzstädtchen Longwy ließ er sich anwerben. Er wurde in das zweite Regiment in Saïda eingeeilt. Über schon nach sieben Wochen machte er einen Fluchtversuch, der mißglückte. Im November 1913 gelang es ihm dann im Hafen von Singapore kurz nach dem Verlassen des Hafens durch Sturz ins Wasser zu entfliehen. Mit einem deutschen Dampfer gelangte er nach Malta, fuhr von hier nach Sizilien und gelangte von dort über Italien und die Schweiz hierher, wo er nun den Militärbehörden übergeben wurde, die ihn zu seinem alten Regiment zurückbringen lassen. Der Festgenommene war vor seiner Militärzeit Lehrer.

* Korrektur der Oberrheinbahn am Karlsruher in Heidelberg. Die Veseitigung der gefährlichen schienenartigen Uebergänge der Station Karlsruher und am sogenannten Uebergang, an dem feinerzeit das schwere Heidelberg Eisenbahnviadukt passierte, scheint jetzt Tatsache werden zu wollen. Der Vorstand der Expropriationskommission für den Eisenbahnbau macht im Amtsverfänger bekannt, daß die Kommission sich am 28. Februar versammelt, um zu dem Antrag der Eisenbahnverwaltung auf vorläufige Entscheidung und Umfang der Enteignung Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen zwischen Stadt und Staat sind dem Abschluß nahe. Eine Sitzung des Bürgerausschusses wird sich am 20. Januar mit der Angelegenheit befassen. Ebenso dürften die Landstände in Baden zu dem Projekt Stellung nehmen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 21. Januar. Parteiauschuß. Die Mitglieder des erweiterten Parteiauschußes, sowie die Mitglieder der Bezirkskomitees seien nochmals auf die heute Abend 1/2 9 Uhr im „Auerhahn“ stattfindende Sitzung aufmerksam gemacht. Bei der Wichtigkeit der zur Vorbereitung stehenden Gegenstände ist das Erscheinen aller Genossen dringend nötig.

Frauenaktion. Umständebalber mußte der auf Donnerstag im „Auerhahn“ angelegte Lesabend, auf Freitag den 23. ds. Mts. verschoben werden.

Gewerkschaftsmaskeball. Das Gewerkschaftskartell veranstaltet nächsten Samstag, 24. Januar im großen Saal der Festhalle einen großen

Maskeball mit Preisverteilung. Es ist damit den Mitgliedern der Gewerkschaften und der Partei Gelegenheit geboten auch das fröhliche Feiernstreben, eine gemütliche, heitere Unterhaltung für billiges Geld genießen zu können. Die ausgelegten Preise für die schönsten Masken 5 Gruppen- 10 Damen- und 10 Herrenpreise werden sicher auf die Genossen und Genossinnen ihre Anziehungskraft ausüben und sie veranlassen, möglichst originell und humoristisch sich zu kostümieren und dem Erfindungsgeist möglichst die Zügel schießen zu lassen. Die Ballmusik wird von der vollständigen Kapelle des Gewerkschaftsorchesters gestellt. Karten sind in den im Anhangenteil und auf den Plakaten ersichtlichen Vorverkaufsstellen zu haben.

Die Charitistenbewegung.

Am 8. Vortrage der vom Bildungsausschuß veranstalteten Vortragsfolge über „Geschichte des Sozialismus“ sprach Gen. Trinks über die Charitistenbewegung. Zunächst kam er auf die Träger des kommunistischen Gedankens in England in der Zeit vor der Charitistenbewegung zu sprechen. Eigentlich an England ist doch dort der Kapitalismus zuerst in der Landwirtschaft Eingang fand, so daß am Ausgang des 18. Jahrhunderts der Bauer in England fast völlig verschunden war. Als bedeutende Männer, die den Kommunismus vor der Charitistenbewegung erstrebten, müssen genannt werden: Wallace, Thomas Spenser. In der Zeit des Anfangs der Charitistenbewegung ging eine gewaltige Gärung durch die Arbeiterchaft Englands. Die Regierung und die herrschenden liberalen Kreise wandten sich scharf gegen alle Maßnahmen, die den Armen in ihrer Not helfen sollten. Sie standen auf dem Standpunkt vom freien Spiel der Kräfte. Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts war jede Verbindung der Arbeiter streng verboten. Die Folge war das Entstehen geheimer Organisationen, die auch teilweise Kämpfe führten, z. B. den Weberstreik in Glasgow. Eine große Ausbreitung konnten die geheimen Organisationen natürlich nicht erlangen. Es gelang den Arbeitern dann schließlich doch, das Koalitionsrecht zu erringen. Alle die politischen Enttäuschungen, die die Arbeiterchaft erfuhr hatten die Folge, daß sie immer mehr zusammenschloß wurden. Es war James D. Brie, der sehr energisch die Klasseninteressen des Proletariats verfocht, und der auf dem Standpunkt stand, daß es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit niemals geben könne. Er zeigte den Arbeitern, daß der Kampf nicht von Einzelnen gegen Einzelne geführt werden kann, sondern nur von der Klasse gegen die Klasse geführt werden müsse, daß es gelte, nicht die Personen, sondern das System zu beseitigen. Später hat er allerdings wieder eine andere Entwicklung genommen, so daß ihm Karl Marx eine literarische Bückigung zuteil werden ließ.

Im Jahre 1836 wurde ein neuer Arbeiterverein gegründet, der zum erstenmal einen Arbeiter an seine Spitze stellte. Im Jahre 1837 stellte dieser Verein die Charta auf, das sind Forderungen, die die Arbeiter an die Regierung stellten. Die Charta enthielt als Forderungen: 1. Allgemeines Stimmrecht, 2. jährliche Neuwahl des Parlaments, 3. Nicht für die Parlamentsmitglieder, 4. geheime Wahl, 5. Gleichheit der Wahlbezirke, 6. Abschaffung des Wahlzensus.

Als die Arbeiter mit diesen Forderungen im Jahre 1839 vor das Parlament traten, entstand in demselben ein allgemeines Gelächter. Dreimal wurden sie mit ihren Forderungen vom Parlament abgewiesen. Das erzeugte natürlich eine große Empörung unter der Arbeiterchaft. Denn auch die Charitistenbewegung schließlich ergebnislos verlaufen ist, war sie doch in Wirklichkeit nicht zwecklos für die Arbeiter. Denn der heutige wissenschaftliche Sozialismus ist schließlich nur der Extrakt der jahrhundertelangen Kämpfe der Arbeiterchaft gegen den Kapitalismus führen mußte.

Die interessantesten Ausführungen des Referenten, der betonte, daß es unmöglich ist, die Charitistenbewegung in einem kurzen Vortrag erschöpfend zu behandeln, und daß es sich sehr lohnt, sich in die Lektüre über sie zu vertiefen, fanden lebhaften Beifall.

* Eine treffende Antwort. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: In der 5. Klasse der G. Schule Karlsruhe spielte sich während des kath. Religionsunterrichts folgender Vorfall ab, der drastisch die traurigen Verhältnisse der Proletarier beleuchtet. Der Kaplan behandelte den Wochensittag Freitag und legte den Kindern ans Herz, an diesem Tage kein Fleisch und keine Wurst zu genießen. Dabei frag er auch verschiedene Kinder, wie es ihre Eltern damit hielten, unter andern auch einen aufgeweckten Proletariatskinder. Die Antwort lautete: Herr Pfarrer, unsere Mutter bringt schon lange kein Fleisch mehr auf den Tisch und wie die Wurst schmeckt, wissen wir bald nicht mehr, wir kennen die Wurst nur noch vom Sehen, im Metzgerladen, wenn wir vorbeigehen!

Eine wahre, zutreffende Antwort, die der Herr Pfarrer wohl auf keinen Fall erwartet hatte.

* Vorübergehende Schließung der Schwimmhalle des Bierordt-Bades. Die Schwimmhalle der städtischen Badesanstalt (Bierordt-Bad) wird zur Vornahme einer gründlichen Reinigung und Ausbesserung des Schwimmbeckens in der Zeit vom 2. bis einschließlich 31. Januar geschlossen werden. Die Gültigkeitsdauer der Jahres-, Halbjahres- und Monats-Abonnementskarten wird aus diesem Grunde um 7 Tage verlängert.

* Unfälle. Am 17. d. M., abends, erlitt ein in der Betriebswerkstätte des städt. Straßenbahnbetriebs beschäftigter verheirateter hiesiger Zimmermann dadurch einen Unfall, daß er auf einem ca. 8 Meter hohen Gerüst stehend, während der Arbeit mit dem Hammer an die Oberleitung der Straßenbahn kam, wodurch er durch den elektrischen Strom einen solchen Schlag erhielt, daß er vom Gerüst stürzte und sich durch den Fall einen linksseitigen Beckenbruch zuzog. Der Verletzte wurde in das städt. Krankenhaus überführt. — Ein auf der Durchreise begriffener lediger Schneider aus Wolsch bekam gestern nachmittags in der Klampfenstraße einen so schweren Nachmittagsfall, daß er in das städt. Krankenhaus überführt werden mußte.

* Am Samstag vormittag wurde ein verheirateter Maschinenführer von hier, während er in der Wohnung seiner Tochter neben dem heißen Herde stand, von einem epileptischen Anfall betroffen. Er stürzte an den Herd und zog sich am rechten Oberarm und der rechten Gesichtshälfte erhebliche Verwundungen zu, so daß er mittelst Autos ins städtische Krankenhaus verbracht werden mußte.

Feuer entstand am Sonntag vormittag infolge starker Erhitzung eines Ofenrohrs in einer Steinbruderei in der Kreuzstraße hier. Der Brand, welcher einen Schaden von ca. 1500 M. verursachte, wurde von der Feuerwache gelöscht.

Kauferschießerei. Zwei 16 Jahre alte, hier wohnhafte Tagelöhner antworteten in einer hiesigen Fabrik in letzter Zeit größere Mengen Kupfer. Als sie versuchten, das Kupfer abzugeben, wurden sie festgenommen.

Veranstaltungen.

Kolloquium. Das Gastspiel der Ogl-Bühne, welches sich eines steigenden Besuches zu erfreuen hat, wird heute Mittwoch den ersten Hofoperabend mit dem Volksstück 'Am Tage des Gerichts' geben. Für morgen Donnerstag ist eine Wiederholung von 'Pater Jacob' von Moree und für Freitag eine Wiederholung der Willhardt'schen Komödie 'Im Himmelhof' vorgesehen.

Die Karnevalsgesellschaft 'Sibele Geister' Karlsruhe veranstaltete letzten Sonntag im 'Ritter' ihre erste Damen- und Fremdenfeier. Es war eine gelungene und humorvolle Veranstaltung. Alles Gebotene kam nun als vorzüglich bezeichnet. Schon die Ansprache des Eiserne-Präsidenten Stod zur Eröffnung der Sitzung löste größte Heiterkeit aus. Die Diktoren schlossen sich mit ihren Vorträgen dieser gelungenen Ansprache würdig an. Als erste hatte die Diktorenin ??? das Wort, die den Eiserne 'hoh' mitnahm. Es folgten die Herren Wadenhut, Meisterer, Widel, Mittelbach, der Präsident der 'All-Karlsruher', Haag und Gorenflo, die alle in äußerst humorvoller Weise hiesiges und fremdes, in- und ausländisches, aus Deutschland und den umliegenden Dörfern, über Männer, Frauen und Kinder zu erzählen wußten. Die zahlreichen Gäste unterhielten sich einige Stunden in fröhlichster Weise, es herrschte nur eine Stimmung, die des Frohsinns.

Rezeptionsabend Bogelmann-Vortrag. Der durch seine früheren Abende hier bekannte Rezitator wird Donnerstag den 22. Januar im Saale des Großh. Konseratoriums A. Andrejewitsch Gedichte von den sieben Gebrüchern rezitieren. Das erschlatternde Dokument 'Hefen der Seelenkennerschaft' wird wohl dauernd in der Reihe der Dichtungen genannt werden, die den Menschen Aug in Aug, dem fernen Lode gegenüber zeigen, auf die unglaublich scharfe Grenze zwischen Leben und Sterben gestellt. Der Atem inbrünstiger Opferwilligkeit, der in den Jahren der russischen Revolution Laufende an den Galgen und vor die Standrechtstafeln geführt hat, dringt aus Andrejewitsch's Dichtung hervor.

Die uns vorliegenden Rezensionen ('Leipziger Volkszeitung', 'Dresdener Volkszeitung') rühmen die padende, bis in die feinsten psychologischen Details ausgearbeitete Leistung. Karten zu 2 M., 1.50 M., 1 M. bei Franz Tafel, Musikalienhandlung, Kaiserstr. 82a.

Das Residenztheater hat vielfachen Wünschen entsprechend das große fünfaktige Filmstück 'Der König der Luft' noch für das neue Programm prolongiert. Der farbenprächtige Film ist ein Meisterwerk der Filmkunst. Max Lindner erscheint auch wieder mit einer selbst verfassten und von ihm gespielten Humoreske 'Wie Max Englisch spricht'. Außerdem gibt es noch verschiedene neue Sachen u. a. den Brand am Döbel, den das Pathé-Journal im Wille bringt.

Letzte Nachrichten.

Bavrischer Protest gegen den Preuentag.

München, 20. Jan. Die Aufregung in Bayern über die auf dem Berliner Preuentag verübte Herabsetzung des Anteiles der bayerischen Armee an den Ruhmestagen von 1870/71 ist im Steigen begriffen. Im Laufe dieser Woche werden eine ganze Reihe großer Volksversammlungen stattfinden, in denen gegen die Beschimpfung Bayerns energisch Einspruch erhoben werden soll.

Nachklänge von Zabern.

Strasbourg, 20. Jan. Am 16. Februar kommt vor der Strafkammer des Landgerichts die vom Staatsanwalt erhobene Beleidigungsklage gegen den Redakteur Lucien Mint vom Journal 'l'Asa' zur Verhandlung, die seinerzeit am 31. vor. Wts. angelegt war. In dem unter Klage gestellten Artikel war befanntlich behauptet worden, die preussische Heeresverwaltung benütze die Elsch-Notbringer als Kanonensfutter.

Zur Vergebung des 99. Infanterieregiments.

Strasbourg i. G., 20. Jan. Wie der 'Elässer' aus gut informierter Quelle erfährt, wird das Infanterieregiment Nr. 99, das auf die Truppenübungsplätze Wittich und Sagenau verteilt ist, bis Oktober d. J. dort verbleiben. Darauf wird das Regiment nach Strasbourg in Garnison kommen.

Ueber die Verlegung eines anderen Regiments nach Zabern schweben noch Verhandlungen.

Klerikaler Bankrott im Kanton Tessin.

Zürich, 20. Jan. Im Kanton Tessin ist eine finanzielle Krise ausgebrochen. Der Zusammenbruch des klerikalen Credito ticinese in Locarno führte zu einem Sturm auf die Banca continentale ticinese, die nun ebenfalls ihre Schalter geschlossen hat. Diese Bankkatastrophe hat große Erregung im Kanton hervorgerufen die man durch eine Intervention des Bundesrats beschwichtigen will. Dieser wird heute eine Konferenz mit schweizerischen Großbanken haben, und es ist die Gründung einer Bank mit 5 Mill. Frs. Grundkapital vorgeschlagen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Wtsch. Wir hatten schon von unserem Korrespondenten einen Bericht über die Bürgerausschussführung. Sie finden denselben im gestrigen Blatt.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nach W. 1. Sie können nicht verlangen, daß Ihnen das Kind übergeben wird. Das Verfügungsrecht über dasselbe steht ausschließlich der unehelichen Kindesmutter zu. 2. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht in S. 3. Kommen Sie einmal auf unser Büro, damit wir mit Ihnen über die Sache sprechen können.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Adel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

22. Januar. Schusterinsel 1.73 m, gef. 8 cm, Kehl 2.59 m, gef. 6 cm, Marau 4.31 m, gef. 10 cm, Mannheim 3.82 m, gef. 16 cm.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts.) Heute Mittwoch abend im 'Karlsruher Hof' Ausschussführung. Das Erscheinen aller erwartet. 6789 Der Vorstand. Die Unterkassiere haben auch zu erscheinen. D. Obige

Wo ist die blaue... (Illustration of a blue mouse)

FEINER... (Illustration of a man in a suit)

Zum Umzug sind 2 Rollen zu verleihe. A. Gehring, Dienstmann, Durlach.

Pfannkuch & Co. Mageres Dörrfleisch pro Pfd. 1.05 M. Säfte Frankfurter Würstel per Paar 75 Pfg. Sauerkraut Pfund 6 Pfg. 10 Pfd. 55 Pfg. Linsen per Pfd. 15, 20, 25 u. 30 Pfg.

Echo überall!



Kleine Eckstein-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Grösste deutsche Zigarettenfabrik nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter) 10 Stück 20 Pfg.

Trustfrei



Jüngerer Modellschreiner zu sofortigem Eintritt gesucht. Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe 6792

Ski, 1 Paar, billig abzugeben. Wörschstr. 20, 5. St.

Arbeiter brauchen vollwert. Nahrung. Diese liefert billigst 6801 Reformhaus Kadner Durlach, Amalienstr. 25

Klavier-Unterricht. Konfessionell geb. Fräulein erteilt gründl. Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäßigen Honorar. Näh. Wörschstr. 2, 2. St. 6782

Eichene Schlafzimmer-Einrichtung mit 130 breitem Spiegel-schrank wird für M. 295.- abgegeben. Waldstraße 22.

Winterarbeit für beidelei Geschlecht. Strickmaschine, wegen Krankheit billig zu verkaufen. Marktgrafenstr. 40, 2. St. L. 6797

Zuschneide-Freikurs. Nach meinem, von Autoritäten begutachteten System, das ich in einem Werk, betitelt: 'Lebensbuch der Zuschneidekunst' herausgegeben habe, veranstalte ich vom 1. Febr. an unter persönl. Leitung, Zuschneide-Tag- und Abend-Kurse für die gesamte Damen- und Kinder-Garderobe. Diese Kurse sollen den Zweck haben, die Vorteile meines Systems der Allgemeinheit zugänglich zu machen und wird der Unterricht vollständig kostenlos erteilt. An den Kursen können sich Damen von hier und auswärts beteiligen. Nach Beendigung des Kurses Selbständigkeit im Zuschneiden garantiert. 6789 Anmeldungen bei Lina Kullmann, Kaiser-Passage Nr. 31 I. Wiener Zuschneide-Akademie. - Gegr. 1909.

Kaiserstraße 145 (Eingang Lammstraße) ist im 3. Obergesch. eine Wohnung von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort oder später zu vermieten. Näheres beim städt. Wohnbauamt, Karl-Friedrichstraße 8, Zimmer 163. 6806

Theater- und Masken-Kostüme. Frack- und Gehrock verleiht Phil. Hirsch, Steinstraße 2.

Zu verkaufen: Schönes Sofa 16 M., kompl. schönes Bett 30 M., guterhalt. Nähmaschine 30 M., Kinderstuhl 4 M., fast neues Vertiko, schöner Herd 12 M., Sofa, 3 Stühle, wie neu, 40 M., Küchenschrank 10 M., schöner Obertisch 7 M. 6787 Inlandstraße 12 part.

Haus-Verkauf. Im Stadtteil Darglanden ist ein neuerb. 2 1/2 st. Wohnhaus, bestehend aus drei Wohnungen mit je 3 Zimmern und Zubehör, sowie Waschküche und schönem Garten zu verkaufen. Das Haus ist mit Wasser, Gas u. elektr. Licht eingerichtet und steht in nächster Nähe der Straßenbahnhaltestelle. Kaufpreis 17 000 M., rentiert zu 6%. Anzahlung nach Uebereinkunft. Offerten unter Nr. 6782 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Jede Mutter sollte ihre Kinder nur mit der 'Stechenpferd' Buttermilch-Soße von Hermann & Co., Nadebenwalden, denn sie ist die beste Kindersoße, da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut. St. 30 Pfg. in Mühlburg: Straußdrogerie. 42:9

Aufarbeiten von Betten u. Postlermöbeln werden am besten und billigsten befohrt im Postler-Geschäft H. Köhler, Schützenstr. 25. 3707

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20, neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. M. 12-27, Brillen u. Zwicker.

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 3871 Wilhelm Schwab Durlacherstraße 85.

Nähmaschine. Singer Lang- Etich, für 16 M. zu verkaufen. Durlacher Allee 37, 4. St.

Pfannkuch & Co. Obst: Westindische Bananen Pfund 32 Pfg. Orangen Etich 4 bis 10 Pfg. 6721 Äpfel 3 50 u. 60 Pfg. Pfannkuch & Co. G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

20 Mark
Einheits-Preis.

Neu aufgenommen: Zwei erstklassige Cofubuser Fabrikate, solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins, per Anzug 3,25 m Mk. **20.-** netto Kasse.
Wilh. Wolf jr., Kaiserstr. 82a, Engros-Tuchabteilung, Eingang Lammstrasse.

20 Mark
Einheits-Preis.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe

Samstag den 24. Januar 1914, abends
8 Uhr, im grossen Saale der Festhalle



Großer Maskenball

mit Preisverteilung.

Zur Verteilung gelangen:

5 Gruppen-, 10 Damen- und 10 Herren-Preise.

Musik gespielt von der vollständigen Kapelle des Gewerkschaftsorchesters

Eintritt: Saal 1 Mk., Galerie 50 Pfg.

Närrische Kopfbedeckung obligatorisch.

Eintrittskarten

sind im Vorverkauf zu haben im **Büro des Arbeitersekretariats**, Wilhelmstrasse 47, sämtlichen **Gewerkschaftsbüros**, in der **Expedition des Volksfreund**, sowie in folgenden Lokalen: **Deutsche Eiche**, Augartenstrasse, **Schäufelberger**, Winterstrasse 20, **Auerhahn**, Schützenstrasse 58, Cigarrenhandlung **Brehm**, Schützenstrasse, Cigarren-Handlung **Töpfer**, Ruppurrerstrasse, Restauration zum **Stehwagen**, Restauration **Schrumpel**, Durlacherstrasse, **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstrasse 13 und Zähringerstrasse 2, Hutlager **Zenker**, Kaiserstrasse 65, Restauration zum **Drachen**, Karl-Wilhelmstrasse, Restauration zur **Wacht am Rhein**, Gartenstrasse, Restauration zur **Palme**, Lessingstrasse, Restauration zum **Saalbau** in Mühlburg, Gasthaus zum **Hirsch** in Mühlburg. 6594

Bekanntmachung.

Die Stelle des **I. Bürgermeisters** der Stadt **Heidelberg** ist neu zu besetzen. Bewerbung, in besondere aus den Kreisen der Juristen, Techniker und Nationalökonomien wollen sich unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bei dem unterzeichneten Oberbürgermeister bis zum **7. Februar d. J.**

schriftlich melden.

Heidelberg, den 19. Januar 1914.

Der Stadtrat:

Dr. Balg.

Befzer.

Restaurant „Goldener Adler“,
Spezialauschank der **Brauerei Kammerer**.

Jeden **Donnerstag**

Schlacht-Tag.

Hochachtend **Ernst Müller**.

Im Eintrachtsaal am **Donnerstag**, den **29. Januar**, abends **8 1/2 Uhr**.

großer volkstümlicher Vortragsabend.

Thema:

„Neber vorgeburliche Erziehung.“

Ein Weg zur Veredlung der Rasse.

Aus dem Inhalt: 1. Einleitung. 2. Die Talente und Fähigkeiten durch vorgeburliche Erziehung entwickelt werden können. 3. Der erzieherische und bild. Einfluß der Kunst. 4. Wie Anlagen zu Verbrechen entstehen und verhütet werden. 5. Wie das Beispiel des Vaters wirkt. 6. Die Bildung der Temperamente durch vorgeburliche Erziehung. 7. Die geistige, Intellektuelle, die spirituelle-moralische und die materielle-körperliche Entwicklung des Menschen vor der Geburt und ihre richtige Beeinflussung durch die Mutter. 8. Die Frau als Trägerin des Rassenblutes und wahrer Kultur.

Referentin: **Frau Vera Millius**,

Magnetopatin und Naturheilkundige, geprüftes Mitglied der Vereinigung deutscher Magnetopathen, **Karlsruhe**, Melkenstrasse 29.

Jeder Mann, jede Frau, auch jugendliche, erwachsene Personen beiderlei Geschlechts, besonders aber

werdende Mütter

sollten im eigenen Interesse diesen hochwichtigen, von ernster Wahrheit durchdrungenen Ausführungen beiwohnen.

Eintrittskarten à **50 P.** und **1 M.** abends am Saaleingang.

Waldstr. 16/18. **Colosseum**. Telephon 1933.

Gastspiel der Exl-Bühne.

Mittwoch den 21. Januar, abends 8 Uhr: Novität für Karlsruhe, Rosegger-Abend: „Am Tage des Gerichts“, Volksstück in 4 Akten von P. K. Rosegger. Donnerstag den 22. Januar, abends 8 Uhr: Novität: „Pater Jacob“. Ein Volksstück aus der grünen Steiermark in 3 Akten, mit Gesang, Musik und Tanz von Carl Morea. Freitag den 23. Januar, abends 8 Uhr Novität: „Im Himmelhof“. Original Tiroler Volksstück in 4 Akten von J. Willhardt.

Weiterer Spielplan folgt Samstag den 24. Januar 1914. Colosseums-Kasse täglich vormittags 11-12 1/2 Uhr geöffnet. Telephon 1933. 6771

Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Die Ausschuhwahlen betr.

Die zugelassenen Wahlvorschläge liegen gemäß § 9 Abs. 1 der Wahlordnung im Kassenlokal zur Einsicht der Beteiligten auf.

Die Wahl der Vertreter der Versicherten findet am **Dienstag, den 10. Februar 1914**, von mittags **12 bis 8 Uhr abends** im Rathaussaale hier statt.

Eine Wahl seitens der Arbeitgeber findet nicht statt, weil diese nur einen gültigen Wahlvorschlag mit der erforderlichen Zahl von Bewerbern eingereicht haben, welche nach § 10 der Wahlordnung als gewählt gelten.

Rastatt, den 19. Januar 1914.

Der Vorstand.

6791 **J. A. Wilh. Wetter**, 1. Vorsitzender.

Wue. Wue. Wirtschaftsübernahme und Empfehlung.

Einer verehrl. Einmohnerchaft von Wue und Umgebung mache ich die ergebnisse Mitteilung, daß ich das altrenommierte

Gasthaus zum Schwanen

übernommen habe. 6790

Mein eifrigstes Bestreben wird sein, mir die Zufriedenheit meiner werien Gäste durch Verabreichung nur guter Speisen und Getränke, bei reeller Bedienung zu erwerben und zu erhalten.

ff. Kammerer Bier. **Reine Weine.**
Haussgemachte Würst- und Fleischwaren eigener Schachtung.

Um geneigte Unterstützung bitte!

Ludwig Muckenberger,

Mehger und Wirt.

NB. **Donnerstag, Schlachttag.**

Empfehlen unser weit bekannt großes Lager in

Herren- u. Damenkostümen



von den elegantesten bis einfachsten, sowie auch schwarze Anzüge und verleihe ich für Gewerkschaftsball zu sehr reduzierten Preisen, so daß sich jeder Arbeiter und Arbeiterin auch ein Vergnügen erlauben kann. 6784

Geschwister Wolf, Wäscheverleihgeschäft

Waldstrasse 7, nächst der Kaiserstrasse
Wohnung: Adlerstraße 40 II.

Erste Karlsruher Herren-Kleider-, Reparatur-, Bügel- u. Reinigungs-Anstalt
Teleph. **„Blitz“** Teleph. 2590
2590
Zähringerstrasse 41a (neben Kronenapotheke)



empfehlen sich zum **Aufbügeln und Instandsetzen von Herren- und Damen-Kleidern.**
Spezialität: **Neu-Ausfüllern von Paletots u. Anzügen.**
Aenderungen jeder Art.
Damen-Kostüme werden tadellos repariert u. aufgebügelt.
Samtkragen auf Paletots werden sauber und billig aufgesetzt.
Kostenlose Abholung und Zustellung der Kleider.
Zähringerstr. 41a **Ludwig Gramlich** Telephon 2590
Gehrock-Anzüge leihweise. 6783

200 Pflanzler-Zigarren umsonst!

Um unser großes Lager vor der Inventur zu räumen verleihe ich solange Vorrat reicht, **200 Pflanzler-Zigarren** f. 11.95 M., **200 Pflanzler-Zigarren** f. 12.95 M., oder **200 Pflanzler-Zigarren** f. 14.95 M. Außerdem geben **200 Pflanzler-Zigarren** für Weiterempfehlung. Also diesmal **400 Pflanzler-Zigarren** f. 11.95, 12.95 od. 14.95 M. Nur bis **29. Januar** 6 Stück, erh. die **200 Stück** umsonst. Garantie: Bei Nicht-Einstellen Geld zurück. **Gade & Co., Hamburg 16.**

Fährbetrieb.

Wegen Reparatur der Fähre muß der Fährbetrieb ungefähr 8 Tage eingestellt werden. **Städt. Bauamt.** 6786

Stichige Obstweine

zu kaufen gesucht. Offerten unter Chiffre 6785 an die Exped. d. Bl. erbeten.